Volkswille

ORGAN FUR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 188 | Gelsenkirchen, Donnerstag, den 14. August 1930 | 12. Jahrgang

Auch eine „Arbeiterpartei"

Die Großagrarier für die Nationalsozialisten

Die Großagrarier werben und sammeln Wahlgelder für die Nationalsozialisten. Sie haben in Ostpreußen einen Aufruf an das Landvolk gerichtet, worin es heißt:

„Die Deutschnationale Volkspartei, welche bisher in der Hauptsache die Vertretung des Landes umfaßte, ist zerschlagen. Bedauerlicherweise hat gerade die Hugenberggruppe wenig Sympathie und wird sich nicht allein durchsetzen können. Ihr Rückhalt und ihre Triebkraft liegen bei den Nationalsozialisten. Es gilt daher, diese Partei zu stärken, damit sich im kommenden Reichstag das deutsche Volk zum Widerstand gegen das gegenwärtige System und zum Ausbau eines Staates nach deutschen Rechts- und Kulturbegriffen aufzuraffen vermag."

Die Großagrarier und die nationalsozialistische „Arbeiterpartei" Hand in Hand. Das schafft Klarheit für alle, die noch nicht erkannt haben, welchen Zweck der ganze nationalsozialistische Radau hat.

Immer wieder Terror

Nationalsozialisten beschießen das Haus eines Republikaners

Darmstadt, 13. August. (Eig. Drahtbericht.) In dem rheinhessischen Dörfchen Dolgesheim haben sich in Auswirkung einer skrupellosen nationalsozialistischen Agitation Ausschreitungen ereignet, die erst jetzt in ihrem ganz unbegreiflich klingendem Ausmaß bekannt werden. Der Weinkommissär Frank ist gezwungen worden, mit seiner Familie Haus und Hof zu verlassen, weil er seines Lebens nicht mehr sicher war. Schon seit einem halben Jahre haben sich die politischen Gegensätze in dem Ort so zugespitzt, daß es verschiedentlich zu Terrorakten kam.

Weil Frank stets seine republikanische Gesinnung offen bekundete, wandte sich der Haß der nationalsozialistischen Ortseinwohner gegen ihn. Am Sonntag früh um 3 Uhr umzingelte man sein Haus und gab Gewehrschüsse durch Fenster und Türen ab, sodaß der Ueberfallene und seine Angehörigen sich auf dem Dachboden verbarrikadieren mußten.

Erst der Eingriff von Schutzpolizei mit Gummiknüppeln machte dem Treiben ein Ende. Zwanzig der Beteiligten wurden festgenommen, aber nur vier von ihnen befinden sich in Mainz in Haft. Den übrigen freigelassenen Nationalsozialisten wurden große Ovationen gebracht. Dieser krasse Fall von politischem Terror findet eine Parallele in dem Boykott, den die Nationalsozialisten in dieser ganzen Gegend gegen alle Andersdenkende ausüben, indem sie ihnen den Verkauf von Milch, Kartoffeln und sonstigen Nahrungsmitteln versagen.

Das große Mißverständnis

Treviranus tritt den Rückzug an

Herr Treviranus hat nach seiner kriegerischen Ostrede einen Rückzug antreten müssen, indem er in einem Interview im Berliner Rundfunk reumütig erklärte, er sei nicht verstanden worden. Seine Freunde sind über diesen Rückzug sehr betrübt und die „Kreuzzeitung", das Organ der Konservativen Partei, jammert darüber, daß das bißchen Hoffnung, das man nach der ersten Rede von Treviranus hätte hegen können, jetzt wieder zunichte gemacht worden sei.

Ueber das Geschehene sich zu wundern, liegt kein Grund vor. Daß irgendwann ein Vorstoß gegen die friedliche und verständigungsbereite Außenpolitik erfolgen werde, war von dem Augenblick an zu erwarten, in dem das Kabinett Brüning gebildet wurde.

Weil ohne und gegen die Sozialdemokratie regiert werden sollte, war der Reichskanzler genötigt, sich Mannschaften aus dem Lager der Rechten zu holen, die auch Stresemann feindlich gegenübergestanden hatten, und zu ihnen gehörte Herr Treviranus. Er war, so lange er der deutschnationalen Fahne folgte, niemals in den Verdacht gekommen, in bezug auf die Außenpolitik anders zu denken als Hugenberg und Graf Westarp, denen er nur ihre seiner Meinung verfehlte Taktik zum Vorwurf machte. Er hatte eben erst gegen die Younggesetze gestimmt.

Ein Zweifel über seine Meinung konnte nicht bestehen und er glaubte sich überdies wohl mit Brüning im Einklang zu befinden, der in seiner letzten Rede als Abgeordneter etwas dunkle und mysteriöse Andeutungen über die Notwendigkeit des Einschlagens neuer Wege in der Außenpolitik gemacht hatte.

Wenn aber solche Unklarheiten bestanden hätten, so wären sie dadurch beseitigt worden, daß Treviranus, als ihm ein Portefeuille angeboten wurde, zunächst die Beseitigung von Curtius zur Voraussetzung der Annahme machte und erst auf das Drängen des Kanzlers und des Reichspräsidenten hin dieses Verlangen „einstweilen" zurückstellte. Seine Ostrede sollte ihn wohl zum kommenden Außenminister qualifizieren. Er hat zwar einen Rückzug angetreten, aber der Schaden, den er angerichtet hat, kann dadurch nicht so rasch repariert werden. Der Sturm, der sich in Frankreich gegen Briand erhoben hat, ist ein sehr ernstes Symptom. Die Worte von Treviranus sind gesprochen und so lange der Mann, der sich ihrer bedient hat, Mitglied des Kabinets bleibt, werden sie weiter wirken. Wenn wir von der Befreiung der Rheinlande eine Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen erwartet hatten, so sind diese Hoffnungen jetzt durch den Minister, den man mit Recht den Minister gegen die Befreiung genannt hat, zerstört worden. **Es wird unendliche Mühe kosten, die Fäden des gegenseitigen Vertrauens aufs neue zu spinnen und der Versuch wird so lange nicht gelingen, als sich eine Regierung am Ruder befindet, die, um den Zweck der Ausschaltung der Sozialdemokratie zu erreichen, Unterstützung bei den Anhängern des militärischen Machtgedankens und den Gegnern einer dem Friedensbedürfnis des deutschen Volkes dienenden Außenpolitik sucht. Auch aus außenpolitischen Gründen: Fort mit dem Bürgerblock!**

Was ist denn los?



Der Seekadett ist los!

Bomben auf Bergarbeiter

Von Dr. Berger, Bochum

Wie die Zeitungen melden, hat dieser Tage im nordamerikanischen Bergbaurevier von Kentucky ein mysteriöses Flugzeug Bomben auf Bergarbeiter, die sich auf dem Wege zur Arbeitsstätte befanden, abgeworfen. In diesem Revier waren seit einiger Zeit Lohnstreitigkeiten im Gange. Man weiß, daß die amerikanischen Bergbauunternehmer in den nichtorganisierten Gebieten, wozu Kentucky gehört, bei Arbeitsstreitigkeiten einen beispiellosen Terror entfalten, den sie durch ihnen ergebene Pinkertons mit Knüppeln, Schießprügeln, ja sogar mit Maschinengewehren ausüben lassen und es ist anzunehmen, daß der Bombenwurf von Kentucky eine sensationelle Erweiterung jener berüchtigten Pinkerton-Methoden darstellt.

Von Kentucky bis Essen an der Ruhr ist ein weiter Weg. In Deutschland pflegen die sozialen Kämpfe nicht mit solchem Rüstzeug der Barbaren ausgetragen zu werden. Die Unternehmer begnügen sich hier, das, was sie gegen die Arbeiter im Schilde führen, in einer weniger knalligen Weise zum Ausdruck zu bringen. An der Ruhr rückt jetzt am 18. d. M. die erstmolige Kündigungsmöglichkeit des geltenden Lohntarifs heran, der im Falle der Kündigung am 30. September endigen, sonst aber jeweils ein halbes Jahr, zunächst also bis Ende März 1931, weiterlaufen würde. Obwohl der Durchschnittsschichtlohn der Ruhrbergarbeiter, der sich um 9,00 Mark herum bewegt, und ganz abgesehen von dem Verdienstausfall durch die vielen Feierschichten wirklich nicht hoch ist — er ist auch niedriger als in dem Konkurrenzlande England —, scheinen die Zechenbesitzer sich anschicken zu wollen, diesen Lohnstand anzugreifen. Die darüber endgültig entscheidende Sitzung des Zechenverbandes soll am Freitag stattfinden.

Mit dieser beabsichtigten Entlastungsoffensive wollen sich die Unternehmer für den augenblicklichen Absatzrückgang auf Kosten der Bergarbeiter schadlos halten und darüber hinaus, wie sie sagen, Mittel frei bekommen, um, insbesondere im bestrittenen Gebiet, einen weiteren Preisdruck gegenüber den anderen Exportländern ausüben zu können. Dieser von dem Düsseldorfer Korrespondenten des „Berliner Tageblatt" ausgeplauderte Plan läßt zweierlei deutlich werden: einmal, daß es den Unternehmern mit einem

Preisabbau für Inlandskohle gar nicht ernst

ist, und zum andern, daß eventuelle Absatzbelebungen auf den bestrittenen Märkten durch weitere soziale Verschlechterungen erkauft werden sollen. Die erstere Tatsache hat ja schon die letzte Reichskohlenratssitzung, die, nebenbei bemerkt, von der bürgerlichen Presse so ziemlich unerwähnt geblieben ist, erkennen lassen. Als da von dem Konsumvereinsvertreter die Kohlenpreisfrage angeschnitten wurde, erwiderte Dr. Silverberg, daß aus der Gestaltung der Syndikatsumlage hervorginge, daß alle marktechnischen Gesichtspunkte bereits berücksichtigt würden. In der ausgedehnten Aussprache, die dieser lapidaren Antwort folgte, sind die Unternehmer bei ihrer Ablehnung des Preisabbaus geblieben, haben aber auch, und das ist wichtig festzuhalten, mit keinem Sterbenswörtchen von einer Verkoppelung der Lohn- und Preisfrage, wie sie jetzt in den vom Essener Bergbauverein inspirierten Korrespondenten- und anderen Meldungen wieder auftaucht, geredet. Erfahrungsgemäß haben in einer richtigen Unternehmerbrust mehrere Seelen Platz; vielleicht hat die eine es ihnen, die wirtschaftliche, geraten erscheinen lassen, das gedrückte Kohlengeschäft nicht durch lohnpolitische Auseinandersetzungen vollends zu gefährden, während die sozialreaktionäre, die namentlich in Essen sehr lebendig ist, dennoch das Spiel mit der

Lohnverschlechterung

wagen will. Welche Seele bis zum 18. August schließlich die Oberhand behalten wird, steht noch dahin. Die Oeffentlichkeit soll dann aber wissen, daß die Tarifkündigung nichts mit dem ohnehin schon sagenhaften Preisabbau zur Wirtschaftsbelebung zu tun hat, sondern

lediglich eine Bombe gegen die Bergarbeiter darstellt, die zwar nicht so menschlich abscheulich wie jene von Kentucky, gleichwohl aber sozial und wirtschaftlich im höchsten Maße verwerflich ist.

Bis zu welchem Grade infolge des Oeynhausener Schiedsspruchs und der von den Bergbauunternehmern stammenden Zweckmeldungen die wirtschaftliche Einsicht selbst der ernsten Handelspresse getrübt ist, zeigen die Berichte über das an der Ruhr aufziehende Wirtschaftsgewitter. Das „Berliner Tageblatt" hat am Montag abend eine so fette Ente in die Welt gesetzt, daß man fragen muß, ob dem Urheber die Praxis der Kohlenwirtschaftsorgane wirklich so fremd geblieben sein kann. Es heißt da, daß die offiziellen Syndikatspreise herabgesetzt werden müßten, wozu die Zustimmung des Reichskohlenrats nicht erforderlich wäre: „sie wäre auch schwerlich zu erlangen, da die Arbeitnehmervertreter sie sicherlich verweigern würden." Eine solche Unterstellung grenzt an Niedertracht, nachdem drei Tage zuvor die Arbeitervertreter es waren, die die störrischen Unternehmer im Reichskohlenrat zwangen, in der Preisfrage Farbe zu bekennen.

Was es mit Silverbergs vorgeschützten markttechnischen Gesichtspunkten auf sich hat, zeigt die tatsächliche Entwicklung der

Syndikatsumlage.

Sie stellt bekanntlich den Abschlag von den offiziellen Syndikatspreisen dar, nach denen das Kohlensyndikat mit den Zechen abrechnet. Ihre Höhe läßt erkennen, um wieviel die Syndikatserlöse hinter den vom Reichskohlenrat zusammen mit dem Kohlenverband beschlossenen sogen. Reichsanzeigerpreise durchschnittlich zurückbleiben und gibt einen Anhalt dafür, welche Kosten der forcierte Wettbewerb auf den deutschen und ausländischen Kohlenmärkten hervorruft. Für den Absatz im unbestrittenen Gebiet hat die Umlage keine Bedeutung, hier gilt der amtliche Höchstpreis und das ist zunächst für augenblicklich rund 38 Prozent des Syndikatsabsatzes der Fall; aber auch die Kohlenlieferungen im Werksselbstverbrauch an die den Zechen angegliederten Verbraucherwerke sind in der Kalkulation, wie auch im Schmalenbach-Gutachten geschehen, dem unbestrittenen Absatz zuzurechnen. Nur für etwa ein Drittel des Syndikatsabsatzes kommen die von Silverberg erwähnten markttechnischen Gesichtspunkte in der Umlage zum Ausdruck.

Vor der letzten Ruhrkohlenpreiserhöhung ab 1. Mai 1928 betrug diese Tonnenumlage 1,48 RM., sie schnellte danach auf 2,20 RM. herauf und hat sich mit einigen Schwankungen ungefähr auf dieser Höhe gehalten, zum Leidwesen der Hüttenzechen, die für ihren Selbstverbrauch ebenfalls zur Umlage herangezogen wurden. Ihre Rebellion dagegen hat im neuen Syndikatsvertrag nunmehr Erfolg gehabt. Sie brauchen jetzt nur 70 Prozent der Syndikatsumlage, und zwar höchstens 1,50 RM. je Tonne, aufbringen. Um so höher ist daher die Umlage auf die Verkaufsbeteiligung geworden. Das hat aber mit Markttechnik nichts zu schaffen, sondern ist das Resultat der veränderten Syndikatstechnik. Die Gesamtumlage ist jetzt sogar noch niedriger als vor einem Jahr. Sie betrug im April und Mai 1929 2,30 bzw. 2,20 RM., in den gleichen Monaten dieses Jahres aber bloß 2,15 RM. Das besagt, daß die bisherigen Durchschnittserlöse, die zwischen etwa 16,00 RM. und 16,50 RM. je Tonne liegen, bis weit in das laufende Krisenjahr hinein annähernd gehalten werden konnten, wozu auch die infolge der neuen Umlageregelung gebotene größere kaufmännische Vorsicht bei Exportgeschäften mitgewirkt haben mag.

Kann man im Ernst behaupten, daß diese Erlöse unzureichend sind? Legen nicht selbst die überdiskreten

Bergbaubilanzen

des letzten Geschäftsjahres ein so eindeutiges Gewinnbekenntnis ab, daß die Vermutung, daß die Bergbaugesellschaften damit gut verdient und reichlich Speck angesetzt haben, schon dadurch hinlänglich gestützt wird? Von diesem Reserven-Speck könnten die Unternehmer in diesen Krisenzeiten zehren und ihn so für die Krisenbehebung nutzbar machen — das ist ja auch der betriebswirtschaftliche Sinn der stillen und offenen Reservenbildung. Aber darin erschöpfen sich nicht die vorhandenen markttechnischen Möglichkeiten. Schmalenbach hat die Zeitwertabschreibung zum Maß genommen. Diese Zeitwerte sind heute zweifellos niedriger als im November 1927 und gestatten somit eine die Selbstkosten entlastende bescheidenere Abschreibungsquote. Weitere Selbstkostenentlastungen sind auf der Lohnseite zu verzeichnen, wo der Lohnanteil von 7,18 RM. nach dem Schmalenbach'schen Kalkül auf 6,75 RM. im Mai 1930 gefallen ist, was immerhin 43 Pfennig Entlastung je Tonne ausmacht. Die Materialpreise sind ebenfalls gesunken und haben damit Kostenminderungen bewirkt. Ferner sind die Knappschaftsbeiträge der Unternehmer im Mai 1929 im gleichen Umfange wie die der Bergarbeiter gesenkt worden, wodurch auch dieser Kostenteil geringer geworden ist. Dieses günstigere Kostenbild ist doch ein nicht zu übersehender Tatbestand bei der Erörterung der Kohlenpreisfrage.

Dazu kommt noch eins, was für die Abschätzung der Tiefenwirkung eines Kohlenpreisabbaus beachtlich ist:

die Handelsspanne.

Dafür ein Beispiel: Die Stadt Bochum rühmt sich, die größte Kohlenstadt des Kontinents zu sein. In Bochum beträgt bei einem Abwerkspreis von 16,87 RM. für die Tonne Fettförderkohle der Kleinhandelspreis bei einer Abnahme von mehr als 20 Ztr. 27,00 RM., von 10 bis 20 Ztr. 29,00 RM. und bei Abnahme unter 10 Ztr. (das ist, da Bochum eben auch Arbeiterstadt ist, die für den kleinen Mann übliche Menge) sogar 31,00 RM. Die Handelsspanne beläuft sich in dem letzteren Falle auf 84 Prozent. Wenn man bedenkt, daß in den Abwerkspreisen schon 6 Prozent Handelsnutzen eingerechnet sind, so kommt man zu dem grotesken Ergebnis, daß in der größten deutschen Kohlenstadt der Kohlenhändler bald das Doppelte von dem nimmt, was die Zeche für die Kohle erhält. Dafür gibt es keine wirtschaftliche Rechtfertigung mehr. Da fehlt auch jeder Zusammenhang mit den offiziellen Syndikatspreisen. Was soll das im Winter geben? Sollen die Menschen, die unmittelbar auf der Kohle sitzen, frieren, während Millionen Tonnen Haldenbestände vorhanden sind und Zehntausende von Bergarbeitern wegen Absatzmangel feiern müssen

Die Kohlenpreisfrage hat in der Tat ein ernstes Gesicht. Mit dem unzulänglichen Mechanismus der Kohlenwirtschaftsorgane ist sie leider nicht zu meistern, wie das geschilderte Beispiel dartut. Außerdem zerfließen isolierte Aktionen in das Nichts und zu etwas Zusammenfassendem fehlt der Regierung Brüning Kraft und Wille. Jetzt droht auch noch die Entartung zur sozialen Fratze. Wähler! Bombenleger sind im Bergbau am Werk!

Vandervelde's Ostasienreise

Ueber Moskau und Mukden nach Peking

Berlin, 13. August. (Eig. Drahtbericht.)

Emile Vandervelde, der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, ist am Mittwoch in Begleitung seiner Gattin in Berlin eingetroffen. Am vormittag besuchte er den sozialdemokratischen Parteivorstand, in dessen Räumen ein Vertreter des Sozialdemokratischen Pressedienstes Gelegenheit hatte, sich mit Vandervelde und dessen Gattin, einer in Belgien angesehenen Irren- und Gefängnis-Aerztin, über ihre Reisepläne zu unterhalten. Auf die Frage nach den allgemeinen Reisedispositionen antwortete Emil Vandervelde:

„Wir fahren noch heute abend von Berlin ab und nach Moskau durch, wo wir uns fünf Tage aufhalten werden. Dann geht die Reise nach Charbin und Mukden weiter, für die je zwei Tage Aufenthalt vorgesehen sind. Dann wollen wir nach Peking und dort etwa zwei Wochen bleiben. Für einen Abstecher nach Japan sind auch zwei Wochen vorgesehen. Dann geht es nach Schanghai und Nanking weiter. In Südchina gedenken wir etwa einen Monat zu bleiben und dann werden wir von Hongkong aus die Rückreise antreten und voraussichtlich Ende November wieder in Marseille den Boden Europas betreten."

Frage: „Verfolgen Sie mit Ihrer Reise irgend welche politischen Zwecke?"

Antwort: „Im Gegenteil. Ich lege großes Gewicht darauf, festzustellen, daß ich nicht als Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiter-Internationale reise, sondern als simpler Tourist und Privatmann. Meine Frau und ich sind von einem wissenschaftlichen Komitee eingeladen worden, in China und Japan wissenschaftliche Vorträge zu halten. Diese Einladung haben wir angenommen und nebenbei habe ich auch die Absicht, in der Parteipresse die Eindrücke meiner Reise zu schildern."

Frage: „Also verfolgt auch der Aufenthalt in Moskau keinen besonderen politischen Zweck?"

Antwort: „Ganz recht. Wir wollen in Moskau nur ein paar Tage ausruhen und außerdem will ich meiner Frau diese interessante Stadt zeigen, die sie noch nicht kennt. Wir haben auch nicht die Absicht, irgend welche sowjet-russischen Einrichtungen zu besichtigen, denn ein Aufenthalt von fünf Tagen reicht natürlich nicht, um irgend ein Urteil zu ermöglichen. Und abgesehen von dieser kurzen Unterbrechung werden wir Rußland nur vom Fenster unseres Eisenbahnzuges aus sehen."

Frage: „Und wie steht es mit der Sicherheit? Muß man nicht befürchten, daß Sie auf Ihrer Reise durch China und vor allem durch Südchina, in persönliche Gefahr geraten könnten?"

Antwort: „Nein. Wir schätzen die Sicherheit unserer Reise auf 100 Prozent und glauben nicht an eine Gefahr. Wir hoffen, bei der Bevölkerung Chinas, des Nordens sowohl wie des Südens, eine gute Aufnahme zu finden. Nicht nur bei der handarbeitenden Bevölkerung, sondern auch bei den Intellektuellen, die ja ziemlich allgemein im Kuomintang organisiert sind. Das Interesse für alle Fragen des Sozialismus, und besonders auch für die Sozialistische Internationale, ist in China sehr stark."

Frage: „Beabsichtigen Sie also auch über Probleme des internationalen Sozialismus zu sprechen?"

Antwort: „Ganz gewiß. Es ist vorgesehen, daß ich an verschiedenen Universitäten Chinas sprechen soll. So in Peking, in Nanking und an der Technischen Hochschule von Schanghai. Die Themen, über die man mich zu sprechen ersucht hat, sind sehr verschiedener Art. So soll ich über das Verhältnis zwischen zentraler und lokaler Regierung in Belgien sprechen und über internationale Wirtschaftsbeziehungen und internationale Friedensprobleme. Aber auch über die soziale Frage in Europa und besonders über die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Auch in Japan werde ich an verschiedenen Universitäten sprechen und auf einer Konferenz, die von einer großen Tageszeitung in Tokio veranstaltet wird."

Vandervelde und seine Gattin haben am Mittwoch abend Berlin bereits wieder verlassen und ihre Reise fortgesetzt, über deren Verlauf Vandervelde selbst der Sozialistischen Presse berichten wird.

Totenmal



Zentrumskandidaten

für Westfalen-Nord und -Süd

Hamm, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Die Wahlkreisvertretung der westfälischen Zentrumspartei stellte für die Reichstagswahl folgende Kandidatenliste auf:

Westfalen-Nord: Landesökonomierat Dr. Herold, Münster; Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald; Prälat Dr. Schreiber, Münster; Baugewerksmeister Bielefeld, Recklinghausen; Landwirt Borneseld, Ettmann; Arbeitersekretär Riesener, Gladbeck; Oberpostsekretär Anton Kampschulte, Münster; Frau Sanitätsrat Dr. Dressen, Bocholt; Schuhmachermeister Schlüter, Godelheim b. Höxter; Bezirksleiter Heeke, Münster; Landwirt Johann Humann, Neukirchen b. Wiedenbrück; Rudolf Freiherr von Twickel, Habigsbeck b. Münster.

Westfalen-Süd: Heinrich Imbusch, Vorsitzender des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands; Landwirt Schmelzer, Altenhundem; Verbandsvorsitzender Becker, Arnsberg; Frl. Zillecken, Dortmund; Kaufmann Weiser, Gelsenkirchen-Buer; Generaldirektor Horster, Altena; Arbeitersekretär Mengelkamp, Dortmund; Schulrat Kortländer, Bochum; Journalist Kaup, Bochum; Landwirt Henke Ettingerhoff, Rüthen; Frau Sanitätsrat Hellmer, Siegen.

Bernhard kandidiert nicht mehr

Genugtuung bei den Jungdeutschen

Berlin, 13. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der bisherige demokratische Reichstagsabgeordnete Georg Bernhard wird von der Staatspartei nicht wieder aufgestellt. Seine Absägung wird von der Berliner demokratischen Presse bezeichnenderweise vollständig totgeschwiegen, während der „Jungdeutsche" sie bestätigt.

Die Absägung Bernhards bestätigt den allgemeinen Eindruck, daß die Demokraten in der Staatspartei tatsächlich von den Jungdeutschen an die Wand gedrückt werden. Herr Mahraun setzt seine Worte von der ausschlaggebenden Stellung, die er in der Partei habe, in die Tat um.

Der „Jungdeutsche" verzeichnet mit großer Befriedigung den Austritt der sogenannten „Unabhängigen Demokraten" aus der Demokratischen Partei. Die Tatsache, daß Professor Quidde, Helmut von Gerlach und andere Pazifisten bei der Staatspartei nicht mitmachen, nennt er eine begrüßenswerte Scheidung der Geister und der Personen. Er bestätigt damit, daß die Ausführungen in dem bekannten Aufruf von Mahraun gegen den Pazifismus sich gegen Quidde, Gerlach und ihre Freunde richten. Bei solchen Anfängen darf man der Entwicklung der sogenannten Staatspartei mit einiger Spannung entgegensehen.

Reaktionäre Pläne

der Regierung Brüning – Heraufsetzung des Wahlalters

Berlin, 13. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Das Kabinett Brüning läßt ankündigen, daß es für den neuen Reichstag drei große „Reformprojekte" vorbereitet, nämlich die Reichsreform, die Finanzreform und die neue Wahlreform. Ueber die Reichs- und Finanzreform erfährt man nichts näheres. Ueber die Wahlreform verlautet, daß sie im wesentlichen den Ideen von Dr. Wirth entspricht und daß ihr wichtigster Punkt die Heraufsetzung des Wahlalters sein soll. Alle drei Projekte haben zunächst nur propagandistischen Wert.

Es müßte ein Wunder geschehen, wenn die Regierung Brüning in ihrer jetzigen Zusammensetzung eine Mehrheit im kommenden Reichstag erhalten sollte.

Die Regierung Brüning geht einer sicheren Niederlage entgegen. Man wird die Projekte, die noch vor der Wahl ausgearbeitet werden sollen, nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Propaganda, sondern vor allem unter dem Gesichtspunkt zu prüfen haben, ob diese Pläne etwa als Grundlage für eine Erweiterung der jetzigen Regierungskoalition nach rechts hin gedacht werden.

Was das Projekt über die Wahlreform anlangt, so steht ohne weiteres fest, daß eine Zweidrittel-Mehrheit für die Heraufsetzung des Wahlalters auf keinen Fall im kommenden Reichstag vorhanden sein wird.

So erscheint die Ankündigung der sogenannten Reformpläne der Regierung Brüning als reine Reklame für das Kabinett Brüning, das seiner verdienten Niederlage entgegengeht.

Preußen gegen die Amnestie

der Fememörder

Berlin, 13. Aug. (Eigene Meldung.) Rechtsanwalt Professor Dr. Grimm-Essen hatte sich für den Ausschuß zur Herbeiführung einer Amnestie aus Anlaß der Rheinlandräumung an den preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun in einem Schreiben gewandt. Die Antwort Brauns auf diesen Brief lautet, dem „Lokalanzeiger" zufolge: Die preußische Staatsregierung hat aus grundsätzlichen Erwägungen von einer Amnestie oder ähnlichen Maßnahmen zugunsten der sogenannten Fememörder Abstand genommen. An diesem grundsätzlichen Standpunkt muß die preußische Staatsregierung unbeschadet etwaiger festlicher Ereignisse auch festhalten. gez. Braun.

Gegen das freisprechende Urteil im Ministerbeleidigungsprozeß Goebbels hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Die Verhandlung dürfte in etwa acht Wochen in Hannover vor der Großen Berufungskammer stattfinden.

Nr. 188 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Donnerstag, den 14. August 1930.

Volk, werde wach!

Von Habakuk.

Wer hat immer für dich geschafft,
Arbeitsmann, im rußigen Hemd?
Wen schufst du, wem gabst du Kraft,
Wem bleibt ewig der Spießer fremd?

Um wen schart sich der Arbeit Heer?
Wer schafft den Herren Sorge und Qual,
Trägt Ziel und Zukunft vor dich her,
Läuft Sturm gegen Moloch Kapital?

Partei der Freiheit! Sie steht im Streit.
Auf ihren Schultern ruht der Staat.
Sie sucht Raum für Gerechtigkeit.
Wähle auch du Sozialdemokrat!

Es ist Zeit, die Not geht um,
Ehmals Starke werden schwach.
Reiß den Hebel rasch herum!
Es ist Zeit, Volk, werde wach!

Schaff den Kindern täglich Brot!
Wirke mit am Werk der Zeit!
Wehr vom Schaffenden die Not!
Liste 1! Halt dich bereit!

STADT GELSENKIRCHEN

Der Gesamtverband für SPD.

Am Samstag, dem 9. August, versammelten sich die Delegierten des Gesamtverbandes der Ortsgruppenverwaltung Gelsenkirchen, um den Geschäfts- und Kassenbericht für das 2. Quartal zur Kenntnis zu nehmen.

Der Kollege Perz, der den Geschäftsbericht gab, gedachte zunächst der verstorbenen Mitglieder im 2. Quartal und ging dann zu der Berichterstattung über. Er führte aus, daß das 2. Quartal noch schlechter abgeschnitten habe in wirtschaftlicher Beziehung, als das im 1. Quartal der Fall war. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse haben sich im 2. Quartal gewaltig verschlechtert, und auf der ganzen Linie sei das Unternehmertum mit weiteren Einschränkungen und Entlassungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft vorgegangen. Auch versuche man, den Lebensstandard der gesamten Arbeiterklasse noch mehr herunter zu drücken. Die Regierung leistet derartigen Maßnahmen Vorschub, und zwar dadurch, daß der Reichsarbeitsminister Stegerwald den Schiedsspruch der Metallarbeiter der Nordwestgruppe, der eine wesentliche Verminderung des Einkommens darstellt, für verbindlich erklärt hat. Auf der anderen Seite schreit die Regierung Brüning nach Ankurbelung der Wirtschaft und weiß ganz genau, daß durch die Verminderung der Kaufkraft die wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr gedrückt werden. Die Arbeiterschaft habe aber alle Ursachen, am kommenden Wahltage, am 14. September, die sozialen Errungenschaften, die die heutige Reichsregierung durch die Schaffung der Notverordnung nach Artikel 48 der Reichsverfassung ganz gewaltig verschlechtert hat, mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.

Den Kassenbericht gab der Kollege Scherer und spiegelte sich in diesem die niedergehende Wirtschaft wieder. Im Laufe der Versammlung wurde eine Entschließung eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

Entschließung:

Die am 9. August im Gewerkschaftshaus, Gelsenkirchen, tagende Delegierten-Generalversammlung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Ortsgruppenverwaltung Gelsenkirchen empfiehlt der gesamten Mitgliedschaft und allen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, am 14. September, am Tage der Reichstagswahl, ihre Stimme der Liste 1, der SPD., zu geben und sich im Wahlkampf nach Kräften in der Agitation für die Liste der SPD. einzusetzen, und zwar aus folgenden Gründen:

Weil der Reichsarbeitsminister Wissell den Abbau der Sozialpolitik, solange die Regierung Müller am Ruder war, verhinderte.

Weil der damalige Reichsinnenminister Severing die Gelder für den Nazi-Frick in Thüringen gesperrt hat. Im Falle der Konsumbesteuerung wandte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit aller Schärfe dagegen. Auch gegen die Verschlechterung in der Krankenversicherung war die SPD.-Fraktion im schärfsten Abwehrkampf. Die SPD.-Fraktion im Reichstage war gegen den Abzug der Kriegsrente und für die Kürzung der hohen Pensionen derjenigen Leute, die die Republik bekämpfen, sich aber nicht schämen, von derselben Republik 20 000 bis 30 000 RM Pension im Jahre zu beziehen. Zu allerletzt wandte sich die Reichstagsfraktion der SPD. gegen die Anwendung des Artikels 48 und bewerkstelligte damit, daß die Reichstagsauflösung durch den Reichspräsidenten Hindenburg vollzogen werden mußte. Am Schlusse der Generalversammlung forderte der Kollege Perz die Anwesenden auf, auch weiterhin für die Stärkung der Organisation zu wirken. Der Schluß der Versammlung endete mit einem dreimaligen Hoch auf den Gesamtverband.

Beförderung von Schutzpolizeibeamten

Die Polizei-Oberwachtmeister Machner, Thomas, Markuse, Cycholl, Janko, Vogt, Klatt (Pol.-Inspektion Recklinghausen); Jekubik, Brockötter, Bremer, Möhle, Schäfer, Ohlson (Pol.-Inspektion Buer); Junkereit, Zippel (Pol.-Inspektion Gladbeck); Wechsel, Kreitling, Glowig, Klumpp, Eickholt (Pol.-Inspektion Bottrop); Sand, Stünkel, Kauffold, Ortmann, Reuber, Danzmann, Bauermeister, Nietert, Rupietta, Hansen, Hübner, Müller Franz, Elsner, Thom (Pol.-Inspektion Gelsenkirchen) sind mit Wirkung vom 1. April 1930 zum Polizei-Hauptwachtmeister befördert und unkündbar in der Schutzpolizei angestellt worden, desgleichen die Polizei-Oberwachtmeister Ehlers und Fechner (Pol.-Inspektion Recklinghausen) mit Wirkung vom 1. Juli 1930. Ferner sind die Polizei-Oberwachtmeister Specka (Buer) und Krome (Recklinghausen) zu Polizei-Hauptwachtmeistern befördert worden.

Weiter wurden die nachstehend aufgeführten Polizei-Wachtmeister zu Polizei-Oberwachtmeistern befördert: Harel, Gölling, Rohn, Wiedermann, Baucke, Fröhling, Bomheuer, Köster, Neuhäuser, Ullrich, Friedeheim, Buhrmann, Kuntze, Hingst, Burv, Nießalla, Körner, Hiltrop, Hacker, Hibbeln, Pol.-Inspektion Recklinghausen; Sievers, Sabellek, Bergermann, Füßner, Kegel, Leitheiser, Sewtz, Flögel, Pol.-Inspektion Buer; Klein-Vehne, Hillbrandt,, Hülsmann, Otto, Jarke, Pol.-Inspektion Gladbeck; Heeger, Tenbusch, Deutschmanek, Spittler, Jaskulla, Pawloret, Bothmischel, Drensler, Rachner, Pol.-Inspektion Bottrop; Blank, Schulz Adolf, Struna, Roth Peter, Fett, Gresch, Pol.-Inspektion Gelsenkirchen.

Verkehrsunfall. In den Mittagsstunden des Montags ereignete sich auf der hiesigen Bulmker Straße ein Verkehrsunfall, der leicht schlimmere Folgen hätte haben können. Der Personenkraftwagen des Eduard Wittkowski aus Essen, wurde vom Personenkraftwagen des Kaufmanns Heinrich Krämer aus Herne links überholt. Dabei geriet der Wagen des letzteren ins Schleudern, überschlug sich und blieb auf der Seite auf dem Bürgersteig liegen. Die Insassen, Kramer und Dr. Löwenstein aus Herne, wurden durch Schnittwunden leicht verletzt. Der Personenkraftwagen wurde schwer beschädigt.

Kleinigkeiten. In der Nacht zum 10. dieses Monats wurden einem Anwohner der Weindorferstraße aus einem verschlossenen Stall 6 Hühner und 1 Hahn entwendet. Es handelt sich um fünf Monate alte Hühner, von denen vier gelb und zwei weiß waren. Vor Ankauf wird gewarnt. — In der Nacht zum 9. dieses Monats wurde die Schaufensterscheibe eines Bäckers in der Ueckendorfer Straße mit einem in ein Taschentuch gewickelten Stein zertrümmert. Der Täter wurde aber verscheucht und ist in Richtung Ueckendorf durch die Hohenfriedberger Str. davongelaufen. Sachdienliche Angaben nimmt die Kriminalpolizei, Gelsenkirchen, Wildenburchstraße 11-13, Zimmer 1—12, entgegen.

Die Antwort der Stadtverwaltung an die Millionäre

Zum Bauvorhaben des „Deutschen Heimbaues", Gemeinnützige Akt.-Ges. auf dem Gelände am Böhlingshof

In den örtlichen Tageszeitungen und durch schriftliche Eingaben an die Stadtverwaltung wird von Interessenten

Einspruch erhoben gegen Bebauung der Bismarckstraße, zwischen Schulteſtraße und Auf dem Bettau, durch die Deutsche Heimbau-AG.

Diese Einsprüche werden begründet als

Bebauung des Böhlingshofes.

Letztere Bezeichnung ist irreführend, da der „Böhlingshof" zur Zeit nicht durch den Deutschen Heimbau, sondern durch den Neubau des Aloysianums bebaut wird. Bei den Bauabsichten der Deutschen Heimbau-AG. handelt es sich um eine

Bebauung der Bismarckstraße

mit Geschäfts- und Wohnhäusern nach den schon seit Jahren bestehenden Bauvorschriften. Diese bestehenden Bauvorschriften verlangen in der Bismarckstraße eine viergeschossige Bebauung.

Für das gesamte Gebiet östlich der Bismarckstraße und nördlich des evangelischen Friedhofes einschließlich Schulte- und Hüttenstraße war in der alten Bauordnung der ehemaligen Stadt Gelsenkirchen die dreigeschossige Bauweise (geschütztes Wohngebiet) vorgesehen.

Bei der Bebauung des vorgenannten Geländes in der

Straße Auf dem Winkel

wurde mit Rücksicht auf die Bauherren an Stelle der vorgesehenen dreigeschossigen Bauweise eine zwei- bzw. eine 2½-geschossige Bauweise zugelassen, wobei gemäß alter Bauordnung die gesamten Parzellen bis zur Hälfte bebaut werden durften, während bei der dreigeschossigen Bauweise sechs Zehntel der Bauparzellen freibleiben mußte. Mit diesen Bauherren wurde im Kaufvertrag vereinbart, im Hinblick auf das zwischen „Auf dem Dreisch" und „Auf dem Böhlingshof" vorgesehene ruhige Wohnviertel (geschütztes Wohngebiet) den Charakter dieses Wohngebietes durch besondere Vertragsbestimmungen zu sichern. Diese Maßnahmen werden für das vorgenannte Gebiet in Zukunft noch wesentlich verbessert dadurch, daß für dieses Gebiet neuerdings die Bauzone BII0 (Normalbauweise, zweigeschossige, offene Bauweise) vorgesehen wird. Die Normalbauweise bedingt, daß die Bauparzelle nur bis zu drei Zehntel bzw. vier Zehntel bebaut werden darf.

Es wird also der angestrebte Charakter des ruhigen Wohnviertels durch die geringere Ausnutzung der Bauparzellen wesentlich verbessert werden.

Daher sind die Einsprüche der Anlieger der Gegend zwischen „Auf dem Dreisch", Schultestraße, „Auf dem Böhlingshof" und „Auf dem Bettau" unberechtigt, da, wie erwiesen, diese Gegend den Charakter als ruhiges Wohnviertel nicht nur behält, sondern derselbe wesentlich verbessert wird. Die früher in den Kaufverträgen festgelegten Bedingungen, die den Charakter der Gegend als ruhiges Wohnviertel sichern wollen, werden, wie bereits erwähnt, in Zukunft wesentlich verbessert.

Die von der Deutschen Heimbau-AG. beabsichtigte Bebauung an der Schultestraße, Auf dem Dreisch und Auf dem Bettau soll den

Uebergang bilden

zu der an der Bismarckstraße vorgesehenen Bebauung mit Geschäfts- und Wohnhäusern. Die an den vorgenannten drei Straßen vorgesehene Bebauung ist gemäß Bauvorschrift dreigeschossig und geschütztes Wohngebiet mit der Maßgabe, daß dieselben Bedingungen, die in den Kaufverträgen mit den Bauherren „Auf dem Winkel" festgelegt wurden, auch in dem Kaufvertrag mit der Deutschen Heimbau-AG. gesichert werden.

Weiterhin ist mit der Deutschen Heimbau-AG. vereinbart worden, daß entlang der Straße „Auf dem Bettau" und entlang der Straße „Auf dem Dreisch"

Haustüren nicht angelegt werden dürfen,

so daß also der Personenverkehr und der gewerbliche Verkehr zu den Neubauten sich auf den vorgenannten Straßen nicht abspielen wird. Es wird also der Charakter des ruhigen Wohnviertels durch die Bewohner der zukünftigen Neubauten der Deutschen Heimbau-AG. nicht gestört werden. Auch selbst dann nicht, wenn sie nach Ansicht der Beschwerdeführer zu den wirtschaftlich schlecht gestellten und kinderreichen Familien zählen würden. Die vorgesehene Miete von 23,50 RM pro Raum und Monat wird jedoch von wirtschaftlich schlecht gestellten Personen kaum bezahlt werden können. Die Besetzung der Wohnungen mit Beamten der Reichsbahn kann mit Rücksicht auf deren Einkommen nur dadurch ermöglicht werden, daß der Arbeitgeber einen erheblichen Zuschuß gibt, um die Mieten (mit 17 RM je Zimmer. — Die Red.) tragfähig zu gestalten. Immerhin darf angenommen werden, daß auch diese Gattung von Bewohnern die Ruhe des Wohnviertels kaum stören wird. Für die Kinder hat die Deutsche Heimbau-AG. in ihrem Innenhof eine

mustergültige Spielplatzanlage

vorgesehen, so daß die Kinder nicht auf das Spielen in den Straßen angewiesen sind und hierdurch wiederum die Ruhe des Wohnviertels nicht gestört wird.

Es ist daher unverständlich, welche Schadensersatzansprüche die Besitzer der Villen „Auf dem Winkel" stellen wollen, da in weitest gehender Form sowohl für den Uebergang zum Geschäftsgebiet an der Bismarckstraße, als auch für die zukünftige Normalbauweise dem von den Anliegern „Auf dem Winkel" gewünschten Charakter als ruhiges Wohnviertel Rechnung getragen wird.

Die Bebauung des ruhigen Wohnviertels am „Böhlingshof" mit einem öffentlichen Gebäude ist nach den bestehenden Bauvorschriften zulässig. Städtebaulich wird durch die Bebauung des Böhlingshofes mit dem Aloysianum das ruhige Wohnviertel in Zukunft östlich und durch die gestaffelte Bebauung der Deutschen Heimbau-AG. westlich abgeschlossen. Den südlichen Abschluß bildet der evangelische Friedhof, und im Norden bleibt die bereits begonnene Bauweise der Schultestraße bestehen.

Auf diese Weise wird die dortige Gegend nach städtebaulichen Grundsätzen sich in Zukunft äußerst günstig entwickeln.

*

Es stimmt nicht, wenn in der Antwort der Stadtverwaltung an die Millionäre und diejenigen, die es werden wollen, einleitend gesagt wird:

„In den örtlichen Tageszeitungen und durch schriftliche Eingaben an die Stadtverwaltung wird von Interessenten Einspruch erhoben" usw..,

denn diese Interessenten haben sich schwer gehütet, ihren Erguß auch dem „Volkswillen" zum Abdruck zur Verfügung zu stellen. Diese Leute haben ja damit, von ihrem Standpunkte aus, in zweifacher Hinsicht richtig und klug gehandelt, denn einmal wissen sie ja ganz genau, daß es bestimmt niemals die Aufgabe des „Volkswillen" ist oder sein wird, die Interessen von Villenbesitzern zu vertreten, zum andern aber hörten wir von glaubwürdiger Seite, daß das Original des in den Zeitungen veröffentlichten Beschwerdeartikels noch in viel herausfordernder Weise gegen die Arbeiterschaft Stellung nimmt, noch viel gröber beleidigend gegen den Arbeiter als Wohnnachbar Stellung nimmt, wie das in dem veröffentlichten Artikel geschah, der von den bürgerlichen Redaktionen schon entsprechend in Form und Ausdruck gemildert wurde, um ihn überhaupt in seiner Form für die Veröffentlichung in einer Arbeiterstadt möglich zu machen. Wir haben also nur zu recht daran getan, wenn wir uns gestern mit allem Nachdruck gegen die unerhörten Beleidigungen wendeten, die nach unserer Auffassung auch die gemilderte Form des Artikels für die Arbeiterschaft bedeutet. Das Betrüblichste, aber auch das Bezeichnendste für uns ist es, daß auch Professor Budde, der Arzt, mit zu den Beschwerdeführern gehört, die da Angst um die Entwertung ihrer Villengrundstücke haben. Die Stadtverwaltung tut recht daran, wenn sie Maßnahmen ergreift, die die

Grundstückspreise senken

und der Spekulation mit Grund und Boden einen Riegel vorschieben. Und uns in einer Arbeiterstadt kann es wahrlich gleichgültig sein, ob diese Herren Villenbesitzer, wenn sie in vielleicht zehn Jahren nach Wiesbaden oder sonst wohin verschwinden, wo es schöner ist als in Gelsenkirchen, an dem Verkauf ihrer Villen einige tausend Mark mehr oder weniger verdienen; denn sie werden dann — und das nicht zuletzt aus den Verdiensten, die sie der Arbeiterschaft verdanken — so reich geworden sein, daß es auch ihnen persönlich ganz gleich sein kann, welche Summe die Villa ihnen noch bringt. Es berührt jedenfalls sehr unangenehm, den Chefarzt eines katholischen Krankenhauses mit als Rufer in diesem Streit zu sehen, denn gerade er sieht doch täglich und stündlich

das Elend eines siechen und kranken Proletariats

an sich vorüberziehen, und gerade er sollte denen, die es vielleicht eben gerade noch erschwingen können, eine anständige Wohnung gönnen, auch dann, wenn dieser kleine Angestellte oder Arbeiter bei dieser Gelegenheit sein Nachbar wird. Von Dr. Bäumer, dem Vertreter krassester Innungsinteressen, erwarten wir allerdings nach dieser Richtung hin gar nichts, denn es gehört eben doch mehr Intelligenz dazu, als er sie besitzt, um alle diese Zusammenhänge in gesundheitlicher und sozialer Beziehung zu erfassen und sich dementsprechend menschlich und sozial einzustellen.

Die Argumente der Stadtverwaltung,

die sie in ihrer oben wiedergegebenen Antwort geltend macht, sind jedenfalls in ihrer Sachlichkeit für uns durchschlagend und um so mehr des Unterstreichens wert, als ja auch finanziell die Stadt bei dem Projekt nichts zu riskieren hat, denn es kommen doch bei dieser Gelegenheit mit Unterstützung der Reichsbahn im ganzen 650 000 RM an Baugeldern nach Gelsenkirchen, die die gemeinnützige Aktiengesellschaft „Deutscher Heimbau" ebenso gut hätte in jeder Nachbarstadt anlegen können, und das natürlich

zum Schaden des Gelsenkirchener Bauhandwerks und der Bauarbeiter.

Kein vernünftiger Mensch, der nicht in seinem Denken durch größten Egoismus fehlgeleitet wird, könnte aber eine solche Entwicklung der Dinge wünschen.

Damit sei für heute einmal ein Kapitel abgeschlossen, das uns gewisse „Mitbürger", die sonst von Volksgemeinschaft, Bürgersinn und christlicher Gesinnung gar herrliche Phrasen zu machen wissen, in einem sie recht kläglich erscheinen lassenden Lichte zeigt.

Z—r.

STADTTEIL BUER

Diebe im Restaurant. Einer Angestellten E. N. aus Gladbeck wurde am 3. dieses Monats, in der Zeit von 19 bis 23 Uhr, ein Damenhut im Werte von 17 RM aus dem Restaurant Schauburg, und zwar von einem Garderobenhaken, entwendet. Es handelt sich um einen hellblauen Strohhut, Glockenform, mit einer gelbblauen Samtbandschleife.

Ein Straßenbahnwagen entgleist. Auf der Straßenbahnstrecke Gladbeck—Buer entgleiste am Dienstagnachmittag gegen 6.30 Uhr infolge Versagens der Weiche an der Bärenkampstraße der nach Gladbeck fahrende Motorwagen der Straßenbahnlinie 11. Mit Hilfe des gesamten Personals der verschiedenen vor der Weiche wartenden Straßenbahnwagen, die an der Weiterfahrt behindert waren, gelang es, den entgleisten Wagen wieder auf den Schienenkörper zu bringen, so daß mit einiger Verspätung die Weiterfahrt sämtlicher dort kreuzender Wagen angetreten werden konnte. Sachschaden ist nicht entstanden, und die Fahrgäste des entgleisten Wagens kamen mit einem gehörigen Schrecken davon.

Kind überfahren! Eine Frau W. von der Brakestraße in Buer stand am Dienstagabend gegen 8 Uhr auf der Hochstraße an der gefährlichen Kreuzung Kaiserstraße mit Bekannten im Gespräch, während ihr vierjähriges Söhnchen auf dem Bürgersteig spielte. Als der Motorfahrre N. von der Roonstraße in Gladbeck mit seiner Maschine die Hochstraße in der Richtung Buer entlanggefahren kam, sprang das Kind dem Fahrer unmittelbar vor das Rad. Er riß das Fahrzeug, soweit er konnte, nach links, konnte aber nicht verhindern, daß das Kind angefahren wurde und zu Fall kam. Es wurde von Bekannten ins St.-Barbara-Hospital eingeliefert, wo ein linksseitiger Schenkelbruch festgestellt wurde.

STADTTEIL HORST

Der Mann, der die Stadt ins Dunkel setzen wollte. Am Sonntagnachmittag war plötzlich ein großer Teil der Stadt Gladbeck ohne jeglichen elektrischen Strom. Als man der Ursache nachging, ergab sich, daß ein Dieb in das Schaltwerk des RWE. an der Rosenstraße in Horst sich eingeschlichen und dort eine Sicherung ausgeschraubt hatte. Dadurch war die Verbindung des Gladbecker Ortsnetzes mit der Zentrale unterbrochen. Der eigenartige Diebstahl ist zweifellos von einem Sachkundigen Täter ausgeführt worden, da sich ein Laie wohl kaum an die ebenso gefährliche wie komplizierte Hochspannungsformung gewagt haben würde.

Um einige Flaschen Bier zu Einbrechern geworden. In der Nacht zum Sonntag war bei einem Bierverleger, der sein Lager in der Franzstraße in Brauck hat, eingebrochen und aus dem Lagen eine Posten Flaschenbier, etwa 60 Flaschen, gestohlen worden. Als Täter wurden von der Kriminalpolizei vier junge, bisher noch nicht vorbestrafte Burschen im Alter von 17 bis 22 Jahren, die sämtlich in der Nähe in Brauck wohnten, ermittelt und zeitweilig festgenommen.

Lebensmüde. Am Montagnachmittag hat sich ein 42jähr. Invalide von hier, der dauernd krank war und mit seiner Familie in Streitigkeiten lebte, in seiner Wohnung erhängt.

Ein unverständlicher Schritt

Die Demokraten von Gelsenkirchen-Buer treten zur Staatspartei übe.

Die Gesamtorganisation der Bezirksgruppen der Deutschen Demokratischen Partei im Stadtgebiete von Gelsenkirchen-Buer war unter Vorsitz von Gewerbeoberlehrer Siebert am Montagabend im Gesellschaftshause „Zum Bismarcksheim" versammelt, um zur Frage der Parteiumbildung Stellung zu nehmen. Der Ehrenvorsitzende der Bezirksgruppe Buer, Jugendamtsdirektor Klenke, erstattete auf Grund der auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses in Berlin gewonnenen persönlichen Eindrücke ein eingehendes Referat über alle Fragen, die mit der Bildung der Deutschen Staatspartei im Zusammenhange stehen. An den Vortrag schloß sich eine sehr ausgiebige Aussprache, in der sämtliche Sprecher sich zu der Auffassung des Vorsitzenden bekannten, daß der Anschluß der Organisation an die Deutsche Staatspartei das Gegebene sei. Diese Auffassung wurde durch die einstimmige Annahme der folgenden Entschließung zum Beschluß erhoben:

> Die Ortsgruppen der Stadtteile Gelsenkirchen, Buer und Horst der Deutschen Demokratischen Partei begrüßen die Bildung der Deutschen Staatspartei und stellen ihre Organisationen in den Dienst der neuen Bewegung.
>
> Sie sehen in der Gründung der neuen Partei die Sprengung eines engen, überalterten Parteirahmens und die Schaffung einer großen staatspolitischen Organisation zur Erneuerung und Gesundung des politischen Lebens, die Raum bietet für alle staatsbejahenden Kräfte der liberalen Mitte.
>
> Die Gründung der Deutschen Staatspartei war eine unabweisbare politische Notwendigkeit, weil weiten Kreisen der parteipolitisch organisierten Wählerschaft die Erstarrung des Parteiwesens und insbesondere die immer stärker hervortretenden Forderungen der Interessentengruppen zuwider war, dann aber auch deshalb, weil wertvollen staatspolitischen Schichten die Mitarbeit in der Deutschen Republik durch das bisherige Parteisystem und durch die parteipolitische Gruppierung verleidet wurde.
>
> Wir sind der Ueberzeugung, daß das Ziel einer umfassenden Sammlung der staatsbürgerlichen Mitte nur erreicht werden kann, wenn alle parteipolitischen Schranken beseitigt werden, die im Augenblick noch bestehen, und wenn alle Tatbereiten in völliger Gleichberechtigung zu neuem Handeln auf neuem Boden zusammengeführt werden. Wenn wir so den Rahmen der neuen Partei soweit wie nur eben möglich gespannt sehen möchten, so verschließen wir uns doch nicht der realpolitischen Erkenntnis, daß ein Staatsbürgerblock der Mitte, wie nach links, so auch nach rechts hin, seine in den staatspolitischen Grundsätzen und Zielen begründeten Grenzen finden muß.
>
> In dieser Erkenntnis wissen wir uns eins mit den jungen, unverbrauchten Kräften in allen Lagern, die sich jetzt begeistert zur aktiven Mitarbeit im Sinne der republikanischen Staatsidee zur Verfügung stellen.

*

Es kommt ja von überall her die Kunde, daß Ortsgruppen der Demokratischen Partei geschlossen zur Staatspartei übergegangen sind. Es mag Gegenden in Deutschland geben, in denen dieser Uebertritt noch aus diesen oder jenen Gründen verstanden werden kann. Für unser Industriegebiet aber werden wir solche Gründe auch bei eifrigsten Bemühungen vergeblich suchen. Denn hier spürt doch auch das demokratische Bürgertum am eigenen Leibe, was die Diktaturmaßnahmen und die Notverordnungen des Kabinetts Brüning bedeuten, denn der Schiedsspruch Stegerwalds, die durch ihn verursachten, ganz unberechtigten und sinnlosen Lohnkürzungen, ferner die Massenentlassungen von Arbeitern, sie wirken sich gerade hier im Industriegebiet sehr stark mit auf diejenigen Schichten aus, die bisher geglaubt haben, daß die Demokratische Partei ihre Interessen wahrnehme. Sie hat das nicht getan, sie ist immer mehr vor den Forderungen der Rechten, in diesem Falle der Großindustriellen, zurückgewichen, und die Deutsche Staatspartei, die nun ganz bewußt eine Rechtsschwenkung vollzog, die auch zugleich eine Abschwächung des republikanischen Kurses bedeutet, wird das erst recht weder tun können, noch wollen. Ueber diese ehernen Tatsachen kann diese phrasenreiche im „Bismarckshain" gefaßte Entschließung niemanden hinwegtäuschen, der bemüht ist, zu sehen, wie die Dinge wirklich liegen. Der Uebertritt der Demokratischen Partei bedeutet in der Tat nichts anderes als einen unverständlichen Schritt. Eine besondere Bedeutung bekommt diese Angelegenheit noch dadurch, daß der Gewerbeoberlehrer Siebert auch Vorsitzender des Gelsenkirchener „Reichsbanners" ist. Wir sind gespannt darauf, welche Auswirkung diese Entwicklung der Dinge auf die Mehrheit der Reichsbannerkameraden haben wird.

Massenmörder der Gesundheit

Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird von dem Landesausschuß für Hygienische Volksbelehrung geschrieben:

Wenn, wie es in den letzten Jahren leider öfter geschah, ein Massenmörder sein Unwesen treibt, dann arbeitet an seiner Unschädlichmachung nicht nur die Polizei mit ihrem gesamten Apparat, sondern meist auch die ganze Bevölkerung mit. Wie wenig Menschen ahnen aber noch immer, daß ihre Gesundheit und damit ihr Leben, besonders in der Sommerzeit, alltäglich von Massenmördern bedroht wird, und daß man vielfach nur die Hand auszustrecken braucht, um ihrer habhaft zu werden resp. sie zu vernichten! Diese Massenmörder sind die Fliegen.

Die Fliegen wirken gesundheitsschädlich einmal durch direkte Uebertragung von Krankheitskeimen, zu denen u. a. Typhus, Paratyphus, Ruhr und Tuberkulose gehören. Wer hätte noch nicht beobachtet, wie sich die Fliege erst an allen möglichen, mit Krankheitskeimen beladenen Stoffen, tierischen Leichen, menschlichen Ausscheidungen usw. erlabt, um sich dann auf unserem Suppenteller, unserem Trinkglas oder der Marmeladestulle häuslich niederzulassen. Den Fliegenbeinen und -borsten haften so unendlich viele Krankheitskeime an, die wir ahnungslos mit herunterschlucken. Aber auch indirekt, indem die Fliegen ihre Ausscheidungsprodukte auf Nahrungsmittel und Eßgeräte absetzen, werden sie zu Krankheitsvermittlern. Auch unruhiger oder gestörter Schlaf und seine gesundheitsschädlichen Auswirkungen kommen gleichfalls, besonders, wenn es sich um Kinder handelt, auf das Konto der Fliegen, Gründe genug, um sie als „Massenmörder der Gesundheit" zu kennzeichnen und zum Kampfe gegen sie aufzurufen.

Einen solchen groß angelegten Gesundheitsfeldzug mit dem Ziele der erfolgreichen Fliegenbekämpfung, insbesondere auf dem Lande, hat im Jahre 1927 der Reichsausschuß für Hygienische Volksbelehrung unternommen. Aber wieder und immer wieder müssen der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung jene Hauptregeln ins Gedächtnis zurückgerufen werden, die zur wirksamen Bekämpfung der Fliegen beitragen:

Man bedecke alle Speisen mit Glas- und Gazeglocken. Man schließe von der Sonne beschienene Fenster oder verwende Fliegenfenster resp. Drahtgaze. Man sorge, besonders abends nach Sonnenuntergang, für Zugluft. In Ställen und Wohnräumen verstreue man gutes Insektenpulver, in den Zimmern hänge man Fliegenpapiere auf oder suche, die Fliegen mit der Fliegenklatsche zu erschlagen. Abortgruben müssen stets geschlossen gehalten und Dunggruben und Misthaufen weit entfernt von menschlichen Wohnungen angelegt werden. Besonders wichtig ist das Vernichten der Fliegenbrut, was auf dem Lande durch Packen des Mistes am besten geschehen kann. Ganz abwegig ist der Aberglaube, daß die überwinternde Fliege ein Glücksbringer sei. Gerade eine solche Winterfliege resp. ein solches Fliegenpaar wird zu Stammeltern eines Geschlechtes von „Massenmördern der Gesundheit", deren Zahl zur Sommerzeit bis zu 20 Milliarden betragen kann. Darum kann es zum Schutze unserer Gesundheit nur eine Mahnung geben: „Töte die Fliegen, sonst töten sie dich!"

Naturfreundetagung in Dresden

20 000 neue Mitglieder, 30 Heime neu eröffnet.

Die Tage vom 21. bis 24. August sehen in Dresden in Verbindung mit der Besichtigung der Hygieneausstellung eine große Reichstagung der drittgrößten deutschen Arbeitersportorganisation, des Touristenvereins „Die Naturfreunde".

Der eigentlichen 3. Reichsversammlung gehen wichtige Vorkonferenzen voran. So tagt am 21. und 22. im Naturfreundehaus Königstein die 2. Reichs-Jugendkonferenz der Naturfreunde; ferner treffen sich am 22. in Dresden die Hausreferenten, die Vertreter der Naturkundegruppen, der Photogruppen und der Wanderauskunftstellen. Fragen der Führerauswahl, der Führerausbildung, der Jugendarbeit im Zusammenhang mit den anderen Jugendverbänden, der öffentlichen Jugendpflege, des Jugendherbergswesens, der Kindergruppenarbeit, des Reichsbebauungsplans mit Ferienheimen, der Gemeinnützigkeit derselben und des gemeinwirtschaftlichen Betriebs, der planvollen wissenschaftlichen Bildungsarbeit, des Films und Lichtbilds im Dienste der Arbeiterbewegung, der Schaffung sozialistischer Reise- und Wanderführer wie des Ausbaues wertvoller und billiger Ferienreisen stehen in diesen Vorkonferenzen zur Beratung.

Darüber hinaus harrt aber auch der Reichsversammlung noch wichtige, im Interesse der Arbeiteröffentlichkeit liegende Arbeit. Seit der letzten Reichsversammlung in Zürich vor zwei Jahren sind etwa 20 000 neue Mitglieder in Deutschland gewonnen und 30 Naturfreundeheime — und dabei viele der besten — neu eröffnet worden. Leider haben sich im gleichen Maßstab auch die parteipolitischen Widerstände von seiten der kommunistischen Fraktionsbildner verstärkt. In den Gauen Rheinland, Saargau, Schwaben, Thüringen und Sachsen herrscht lebhafte Beunruhigung. Erst vor kurzem mußten in Sachsen 8, im Saargau 6 Ortsgruppen ausgeschlossen werden. Das zählt bei fast 1000 im Reich wenig; dennoch muß die Reichsversammlung unter diese Entwicklung einen energischen Schlußstrich setzen.

Die negative, zersetzende Arbeit wird glücklicherweise weit überragt von positiven, sachlichen Erfolgen. Neben der Erledigung der Geschäftsberichte und der in den Vorkonferenzen erzielten Arbeitsergebnisse harren der Versammlung noch wichtige Aufgaben. Unterstützungswesen bei Unfällen und Ferienheimbau sind zu verbessern; Satzungsänderungen fördern die Erleichterung des Organisationsapparates; der Wintersport verlangt nach engerer Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, dem Arbeiter-Turn- und Sportbund vor allen Dingen. Mit am brennendsten ist gegenwärtig die Pressefrage. Die Arbeiterpresse erwartet unterhaltende und wissenschaftliche Mitarbeit sowie gute Photos, Wandervorschläge und Beratung in Wandertechnik. Ausbau tut hier dringend not. Aber in der Naturfreundepresse selbst herrscht auch noch große Zersplitterung. Von 18 Blättern vor zwei Jahren ist die Zahl

Filmschau

Ufa-Theater „Schauburg".

Morgen, Freitag, Premiere des ersten Ufa-Groß-Ton- und -Sprech-Films der Produktion 1930-31 „Hokuspokus" (Der Prozeß Kitty Kellermann) mit Lilian Harvey und Willy Fritsch in den Hauptrollen. „Hokuspokus — Eine entzückende junge Frau, Ketty Kellermann, steht vor ihrem Richter. Furchtbares hat sich anscheinend zugetragen. Sie, die Frau eines armen Kunstmalers, soll nach kurzer Ehe den Künstler ermordet haben. Sie leugnet hartnäckig. Doch der Staatsanwalt bringt durch die Aussagen der Zeugen einen fast lückenlosen Indizienbeweis zustande. Die Leiche des Ermordeten ist nicht gefunden worden, von einer Kahnfahrt ist er nicht zurückgekehrt. Doch als die Angeklagte verurteilt werden soll, da stellt sich plötzlich ein junger Mann dem Gerichtshof und behauptet, der Mörder zu sein — und dann — ja, wie sich das heitere Spiel mit seinem ernsten Hintergrund löst, wollen wir hier nicht verraten, es hieße dem entzückenden Spiel seine Wirkung vorwegnehmen. — Hierzu ein besonders auserwähltes Beiprogramm.

*

Industrie-Kino.

Ab Freitag das große Drei-Schlager-Programm. „Das letzte Fort" heißt ein Abenteurerfilm mit Maria Paudler und Heinrich George in den Hauptrollen. Der Kampf einer schönen Frau mit einer verlumpten Soldateska um ihre Liebe, bildet den Grundgedanken seiner spannenden Handlung. Die großartige Oede der syrischen Wüste leiht den landschaftlichen Hintergrund. Maria Paudler zeigt sich hier in ihrer reifsten Rolle. Heinrich George wirkt wieder durch die Triebhaftigkeit seiner starken Natur. Der Regisseur Kurt Bernhard weiß das Bunt-Fantastische des Stoffes gut zu treffen. Ein einsames Fort im unermeßlich weiten Sandmeer der Wüste. Verlorener Posten im Kampf der Aufständischen gegen den französischen Eroberer. Nur vier Weiße unter einer kleinen Schar Eingeborener: Der Hauptmann — Tropenkoller, der Leutnant — ein vom Leben hartgehämmerter „Sohn aus guter Familie", zwei Unteroffiziere — vor die Hunde gegangene Abenteurer. In diese Atmosphäre tropischer Glut trägt eine Frau den Anstoß zur Erfüllung ihres Schicksals. — Der deutsche Schäferhund Rin-Tin-Tin in einer neuen Glanzleistung: „Der König der Wildnis", sechs mitreißende Akte. Rin-Tin-Tin gelingt es unter anderen Bravourstücken ein kleines Kind aus einem durchgehenden Hundeschlitten im letzten Augenblick vor dem Absturz in die grauenhafte Tiefe einer Felsspalte zu retten. — Das unvergleichliche Meisterwerk des besten deutschen Regisseurs F. W. Murnau: „Sonnenaufgang", 8 einzig dastehende Akte mit Janet Gaynor und George O'Brien. — Das reichhaltige Beiprogramm.

*

Apollo-Theater.

„Hai Tang" heißt der neue Richard-Eichberg-Sprech- und -Tonfilm, der ab morgen im Apollo-Theater zur Vorführung gelangt. Anna May Wong, genannt das Märchen aus Hollywood, ist Trägerin der Titelrolle. Sie ist eine ganz große Künstlerin . . . sie singt das Liebeslied „Einmal kommt das Wunder der Liebe", um das sich die schicksalsreiche Handlung schlingt, mit so viel Sehnsucht in ihrer klangvollen Stimme, mit so reizvoller Bescheidenheit und Einfachheit, daß man ihr stundenlang zuhören möchte . . . sie spielt ihre Rolle mit so starkem Ausdruck, mit soviel Hingabe an dieses Erlebnis, daß man glauben könnte, sie stände selbst vor uns . . . sie tanzt mit soviel Grazie, daß Musik und Tanz zu einer einzigen Harmonie verschmelzen. So wird dieser prächtige Film zu einem Ereignis; ohne Anna May Wong ist Hai Tang nicht denkbar! Richard Eichbergs Regie hat einen Rahmen um die chinesische Künstlerin geschaffen, der ihrer würdig ist: Prunkvolle Szenen am Hofe des Zaren, ergreifende Bilder im Gefängnis, lebensechte Typen russischer Soldateska, glänzende Aufnahmen aus dem Kabarettleben. In bunter Reihe flattern all diese Bilder über die Bühne und gestalten das Schicksal zweier Menschen zu einer packenden Tragödie: Ein kurzes Leben einer chinesischen Künstlerin, die, um ihren Bruder zu retten, zugrunde geht, fern auf einer russischen Festung an der mandschurischen Grenze spielt sich das ab. Neben Anna May Wong wirken mit: Franz Lederer als temperamentvoller Leutnant Borrisow, Georg Schnell als eindrucksvoller Großfürst Pawel, Hugo Werner-Kahle als knorriger Oberst Morawjow, Hermann Blaß als ganz prächtiger Wiener Musiker, Edith d'Amara als charmante, sprudelnde und raffinierte Yvette. „Hai Tang" gehört zu den Filmen, die man mehr als einmal sehen und hören kann. Hierzu noch der große Lustspielschlager mit Betty Balfour, Kurt Gerron, Julius Falkenstein: „Die Regimentstochter". 7 Akte köstlichen Humors nach der Oper von Gaetano Donizetti. Das elefene Beiprogramm.

*

Capitol-Theater.

Hanns Heinz Ewers mit seinem Werk „Fundvogel" im Film, ab morgen, Freitag! Camilla Horn, Paul Wegener, Franz Lederer in den Hauptrollen. Ein Film, der, wie Ewers Bücher, die Nerven beschäftigt. Andrea, das Findelkind, geht an den Männern zugrunde. Camilla Horn ist in ihrer Rolle die meisterhafte Charakterdarstellerin, als die sie uns aus anderen Filmen bekannt ist. Paul Wegener als Arzt, der sein Leben der Wissenschaft opfert, und der nach dem Opfer sucht, das ihm den letzten, den größten Versuch seiner Forschungen ermöglichen soll, bringt die Feinheiten, die Hanns Ewers in der Charakterzeichnung dieses Mannes gibt. Franz Lederer hat einen leichteren Part, dem er gerecht wird. Den Anhängern Hanns Heinz Ewers ist nach „Alraune" mit dem „Fundvogel" ein weiteres bedeutendes Filmwerk gegeben.

Hierzu einen weiteren Großfilm: „Schande". In den Hauptrollen die aus dem Film „Erotik" bekannte Schauspielerin Ita Rina und Carl de Vogt. Schande ist ein Film, der in die Zerwürfnisse einer seither glücklichen und jetzt unglücklichen Ehe hineinleuchtet. Aber wie so oft, klärt sich der Verdacht am Ende wieder auf und wir haben zwei glückliche Menschen vor uns. Außerdem noch ein 2-Akter-Lustspiel, die neueste Wochenschau und ein hochinteressanter Kulturfilm. Anfang täglich 3 Uhr, Sonntags 2 Uhr, letzte Vorstellung 8 Uhr.

Unterhaltung und Wissen

Wie konnte die Flamme Isolde lodern?

Neue Wahrheit über Wagner?

Veröffentlichungen aus einer englischen Sammlung unbekannter Richard-Wagner-Dokumente

Eben ist die französische Uebersetzung eines englischen Buches erschienen, das „Die Wahrheit über Richard Wagner" heißt und auf einer Menge von Papieren fußt, welche die „Burrelschen Urkunden" genannt werden. Raymond Schwab schreibt im „Candide", der bekannten Pariser Wochenschrift ausführlich darüber.

Das neue Werk erzählt, Frau Burrel wäre eine begeisterte Verehrerin Wagners gewesen, die in ganz Europa nach Wagner-Erinnerungen und Wagner-Andenken jagte. Zweck dieser Ueoung war, die Bemühungen der Frau Cosima Wagner und ihrer Anhängerschaft zu vereiteln, Bemühungen, von denen Frau Burrel sagt, sie wären tendenziös gewesen.

Eines ist sicher, meint Schwab: Niemand kann Wagners Autobiographie, die er zusammen mit seiner Frau bearbeitet hat, niemand die von ihr herausgegebene Briefsammlung aufschlagen, ohne sich fragen zu müssen, was diese Verschweigungen in mehreren Bänden wohl verbergen mögen?

Die Sammlung Burrel, „seit 31 Jahren verloren gegangen oder zum mindesten vergessen", enthält mannigfache Schätze: Partituren, Skizzenbücher, persönliche Reliquien, Jugendwerke. Allem Anscheine nach ist aber nicht beabsichtigt, vor einer bestimmten Zeit auch nur das Verzeichnis, geschweige denn ihren gesamten Inhalt bekanntzugeben. Die gegenwärtige Veröffentlichung stützt sich nur auf einige Stücke, allerdings auf die wichtigsten: Eines davon ist die letzte vorhandene Originalausgabe von Wagners selbstverfaßter Lebensbeschreibung, die seinerzeit nur in 15 Exemplaren erschienen ist; Nietzsche versicherte, Wagner habe in ihrem ersten Satz selbst erklärt, daß er der natürliche Sohn des jüdischen Schauspielers Louis Geyer ist.

Das Buch stützt sich überdies auf den überaus reichen Briefwechsel zwischen Richard Wagner und seiner ersten Frau, Minna Planer. Die Briefe stammen von Minnas unehelicher Tochter Nathalie, die ihre Jugendjahre bei ihrer Mutter und ihrem Stiefvater zubrachte und während dieser Zeit als die jüngere Schwester ihrer Mutter ausgegeben wurde. „Nathalie verbarg diesen Briefwechsel eifersüchtig; nach dem Tode ihrer Mutter scheint sie nur einer Aufgabe gelebt zu haben: das Andenken der Toten gegen die Bedrohungen zu schützen, die aus Wahnfried kamen; sie fallen, um die Verwirrung zu erhöhen, mit der beispiellos unversöhnlichen Haltung zusammen, die Wagner in seiner Lebensbeschreibung gegen Minna einnimmt", meint Schwab. Dem neuen Buche zufolge war Minna die einzige Frau, vor der sich Wagner gedemütigt hat. Die stürmischen Briefe, die er ihr schrieb, beweisen, daß es lange dauerte, ehe sie einwilligte, ihn zu heiraten.

In der Besprechung des neuen Buches wird die Art und Weise der Verfasser Hurn und Root gerügt, die zu Beginn ihrer Veröffentlichung marktschreierisch verkünden, ihre Dokumente „seien mindestens 1½ Millionen Dollar wert". Auch in der Art, wie sie sich zu den Schriftstücken und den Personen stellen, sieht der Berichterstatter einen Mangel an Feingefühl und er hat sicher recht, wenn er sagt: „Wenn schon die Begebenheiten und die Schriftstücke für sich sprechen, was soll da noch der losgeherische Ton und die stellenweise gezeigte Roheit?"

Schließlich wird in dem neuen Buch erklärt, „es wäre abgeschmackt und zu viel Ehrung, wenn man in einer bestimmten Frau oder einer anderen Person die Ursache" der Schönheit Wagnerscher Schöpfungen sähe; war es also nötig, fragt Schwab, so wütend auf eine Frau loszuhauen, um einer anderen das Verdienst zuzuschieben, das eingestandenermaßen niemand zukommt? Diese Bemerkung läßt auf die Vehemenz der neuen Veröffentlichung schließen, die übrigens in der Behauptung fußt und gipfelt: „Richard Wagners wahre Frau war Minna."

Trotz alledem erhellt, nach Schwab, die neue Biographie endgültig Beziehungen Wagners, die bisher im Dunkel geblieben sind, namentlich die zu Jessie Laussot; „aber es ist unsinnig, zu behaupten, sie habe Mathilde Wesendonk verdunkelt . . . für Wagner waren Minna, Jessie, Blandine, Mathilde, Friederike und einige andere nur Hölzer zum Scheiterhaufen, dessen Flammen Isolde entstieg".

Alexander Stern.

Die verpfluchte Soldatenspielerei

Der Holzsäbel

Um die Scheune tobte die Schlacht; bei den Jungs war mal wieder die Soldatenspielerei ausgebrochen. Seit Jahren hatte man hier neben Liedkes Scheune nicht mehr Soldat spielen dürfen — und man hätte es auch jetzt wohl noch nicht gedurft, wenn Ida Liedke zu Hause gewesen wäre, denn die litt keine Soldatenspielerei, und zu seinem großen Kummer durfte der blonde Konrad niemals mittun, wenn die anderen stolz unter Trommelgewirbel Parade abhielten.

„An der verfluchten Soldatenspielerei ist dein Vater zu Grunde gegangen", hatte Ida mit harter Stimme gesagt, als sie dem Konrad das Gewehr entzwei schlug, das dem Sechsjährigen der Gutsbesitzerssohn geschenkt hatte.

Wenn die Mutter fort war, dann durfte Konrad alles — auch Soldaten spielen. Die Jungs spielten ja alle Soldaten, und im letzten Winkel seines Herzens hatte Liedke-Vater noch immer eine Liebe für sein altes Regiment, in dem er ein so schneidiger Ulan gewesen war. Wenn der Fritz gefallen war, dann war ja doch nur der Krieg schuld, der verdammte Krieg, den die anderen angefangen hatten. Aber Soldaten, Soldaten . . . das war was Schönes . . . schmunzelnd sah Liedke-Vater dem „Schlachtgewühl" zu. Der Konrad war ein Hauptkerl! Wie der ausholte mit seinem Säbel — Liedke-Vater hatte ihm den selbst heimlich geschnitzt: Die Ida durfte ja von so was nichts wissen!

Die Jungs tobten, wie von der Leine gelassen: Liedkes Hof war ja zum Soldatenspielen wie geschaffen — und vor vier Wochen waren hier erst Reichswehrmanöver gewesen: Da hatte man wieder Soldaten gesehen — Soldaten — ach — und Militärmusik gab's alle Tage . . .

„Täterätätähh . . ."

Konrad stand auf dem Heuboden, General, Trompeter und Festungskommandant in einer Person.

Es war ein herrlicher Krach — ein Krach, wie ihn nur ein Dutzend begeisterter Jungens zustande bringen können. Das „Maschinengewehr", ein runder Holzpflock, den der Herr Festungskommandant eigenhändig auf den Puppenwagen einer kleinen Schulfreundin montiert hatte, bestrich das ganze Gelände. Keine Idee, daß da ein Feind durchkam! „Recktektaktak-tak-tak-tek . . . tektak . . . taktektek . . . tektak . . ." Sie hatten es ja gehört, wie son Ding spuckte! Nee, da kam keiner durch.

Aber die Feinde kümmerten sich gar nicht drum. „Bajonettangriff!" So was hatten sie doch auch gehört. Malbrinks Fritze wußte es ganz genau; dem hatte es sein Quartiersoldat erzählt. Mit dem Bajonett schaffte man zuletzt alles! Und schon waren die Jungs im Scheunentor und hatten die beiden MG.-Leute am Kragen. Es war eine glorreiche Keilerei . . . Aber das durfte sich der Kommandant doch nicht bieten lassen! Die hatten ja keine Ahnung . . . ! Die waren ja längst tot! Er mußte runter — er würde die Kerls schon kriegen! Fest griff die braune Knabenhand um den Holzsäbel . . . ach was, die Leiter . . . vom Heuwagen konnte er sie viel besser kriegen . . .

„Konrad!"

Mitten im Sprunge riß es den Jungen herum. Das war Mutter! Der Schreck nahm seinem Sprunge die Sicherheit. Er landete auf dem Lagebaum — glitt aus . . . fiel . . .

„Konrad . . . !"

Ida Liedke wurde weiß wie die Scheunenwand. Herrgott . . . Herrgott . . . warum stand denn der Junge nicht auf . . . warum schlug er denn so sonderbar mit den Füßen . . . sie schrie gellend auf. Ihr Kreischen erfüllte die Scheune, den Hof. Wie eine Rasende zerrte die kleine, zarte Frau an der schweren Scheunenleiter. Sie mußte hinauf! Ihr Junge . . .

Sie fand ihren Jungen. Die Heuhalme um seinen blonden Kopf waren rot . . . Blut! Blut, das in schweren Stößen aus dem aufgerissenen, braunen Knabenhals pumpte. Konrad war in seine geliebte, festumklammerte Waffe gestürzt. Noch hielt die Knabenfaust das Heft des Holzsäbels.

Auf dem Dorfkirchhof steht auf einem Kindergrab ein merkwürdiges Denkmal: In einem Glaskasten liegen zwei Stücke eines zerbrochenen Holzsäbels. Eine ungelenke Frauenhand hat auf einen Zettel darunter die Worte geschrieben:

„Des großen Mordens Anfang."

Ake Ley.

Die Volkshochschule Reuss

Tinz und Frick

Der Angriff auf die marxistische Arbeiterhochschule

Wenn das haßerfüllte Vorgehen des Naziministers Frick gegen die Volkshochschule Tinz eine gute Nebenwirkung gehabt hat, so die, daß es die Augen vieler auf die Arbeit lenkte, die in dieser Arbeiterhochschule für den Sozialismus geleistet wird. Ganz im Verborgenen blüht Tinz wohl nicht mehr. Denn wenn jetzt mehr als 1000 Schüler und Schülerinnen Tinz besucht haben, so sind ehemalige „Tinzer" im ganzen Reich zu finden.

Die Volkshochschule Tinz entstand mitten in den Wirren des Umsturzes von 1918. Einige weitschauende proletarische Machthaber jener Tage in Gera, der Hauptstadt des damaligen Ländchens Reuß, schnitten aus dem Kuchen des anfallenden Vermögens ihres angestammten Fürsten einige Stücke heraus und gründeten die Volkshochschule Reuß, deren wichtigstes Arbeitsgebiet die Erwachsenenbildung im Internat des alten Schlößchens Tinz werden sollte. Später übernahm das Land Thüringen die Verpflichtung: „das Volkshochschulheim . . . als thüringer Anstalt . . . im bisherigen Umfang und mit den bisherigen Erziehungs- und Lehrzielen aufrecht zu erhalten". Um die Auslegung dieses eigentlich unmißverständlichen Satzes geht jetzt der Streit vor dem Staatsgerichtshof, den die Schule anstrengen mußte, weil Minister Frick die Zuschüsse für die Schule so weit kürzte, daß der Bestand des Internats in Frage gestellt war. Was bedeutet nun Tinz für die deutsche Arbeiterbewegung? Daß es viel bedeutet, ist eigentlich schon durch das Vorgehen Fricks beantwortet. Der exaltierte Bürger Frick hat mit sicherem Instinkt erkannt, daß diese Schule ein geistiges Kraftzentrum ist, dessen Ausstrahlungen geeignet sind, den verschwommenen Utopismus des deutschen Faschismus wirksam zu bekämpfen. Tinz ist eine sozialistische Hochschule, deren Arbeit nicht wegzudenken ist aus der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit. Mit den Methoden marxistischer Gesellschaftsanalyse wird hier dem jungen Nachwuchs der Partei- und Gewerkschaftsbewegung das Rüstzeug für den Kampf des Tages und für den Kampf der Klasse in die Hand gegeben. Im Vordergrund des Unterrichts stehen Wirtschaftslehre und Geschichtsunterricht. Keine verwirrende „neutrale" Wissenschaft wird geboten, sondern unter Anwendung sozialistischer Methoden wird zum Beispiel in der Wirtschaftslehre das Gefüge der Wirtschaft bloßgelegt, werden aktuelle Vorgänge vom sozialistischen Standpunkt durchleuchtet und wird so den Schülern die Basis für die Betrachtung des Wirtschaftslebens vom Klassenstandpunkt gegeben.

Wenngleich der Lehrplan im Laufe der zehn Jahre, die Tinz besteht, manche Wandlung durchgemacht hat, so ist erstens immer gewahrt geblieben das marxistisch-sozialistische Gesicht der Schule und zweitens hat man nie als Ziel aufgestellt, fix und fertig durchtheorisierte „Abiturienten" nach den fünf Monaten des Internatlebens zu entlassen. Die Aufgabe von Tinz ist und kann auch nur sein, jungen Funktionären der Arbeiterbewegung ein Mindestmaß an theoretischem und geschicht-praktischem Wissen zu vermitteln, das sie in die Lage versetzen soll, von einem neuen geistigen Standpunkt aus weiter zu arbeiten und ihre Pflicht in der Arbeiterbewegung mit vervielfachter Intensität und Klarheit zu tun.

K. Bielig.



Nachdruck verboten.

(15. Fortsetzung.)

Eine Röte war im Gesicht der Spähenden aufgeflammt. Ah, jetzt, aber jetzt gingen sie fort! Nahmen die andere Richtung. Das Bahnhofsgebäude schob sich nun zwischen jene und sie. Die gingen jetzt wohl in den Weinberg, stiegen zur Höhe empor, setzten sich nieder dort oben, wo Wald war. Ach, ach! Ein tiefer Seufzer stieg aus Nettchens Brust. Ach, das rosa Kleid, das sah sie im Geiste noch immer, es wehte wie lauter Freude. So jung war die und hatte doch schon einen Bräutigam, und sie, die soviel älter war, hatte nichts, gar nichts!

Eine große Bitterkeit war in der Einsamen aufgequollen. So wie heute, so wie jetzt glaubte sie es noch niemals empfunden zu haben, wie einsam sie war, wie leer ihr Leben. Und wie leer es stets bleiben würde. Sie setzte ihre Füße schneller, sie lief. Jetzt achtete sie nicht mehr auf die Fähre, die, langsam über dem blauen Wasserspiegel schwebend, Spaziergänger hinübersetzte zum Dörfchen am jenseitigen Ufer, das mit schönen alten Fachwerkhäusern an obstbepflanzten Hängen liegt, die nicht so steil ansteigen wie die Weinberge hinter der Stadt. Sie sah nicht die sanfte Lieblichkeit drüben, vom Sonntagsfrieden noch verklärt, sie sah nur überall Paare — Liebesleute — und Mann und Frau und Mütter, die ihre Kinder an der Hand führten. Ueberall Menschen, die zueinander gehörten. Der ganze Sonntag war voll von ihnen — ach, der ganze Alltag auch, die ganze Woche, das ganze Leben! Und sie, würde sie wirklich immer und ewig so allein bleiben müssen?! Ihre heißen, trocken brennenden Augen zwinkerten, ein unsagbares Gefühl schmerzhafter Sehnsucht beengte sie, sie rannte noch schneller, rannte wie auf der Flucht nach Hause zurück.

Gott sei Dank, jetzt war sie in ihrer Stube! Sie verschloß die Tür.

Vorm Spiegel, in dem sich vor nicht langen Tagen die blühende Jugend im rosa Kleid gespiegelt hatte, spiegelte sich die bleiche Näherin jetzt. Sie hatte auch ein helles Kleid an, hatte einen Sonntagshut mit Blumen auf den Flechten, hatte ein Gesicht darunter, das nicht unangenehm war — aber was dann kam — o Gott, was kam dann?! Mit einem Aechzen schloß sie die Augen. Und dann zerrte sie plötzlich den Hut vom Kopf und schleuderte ihn in eine Ecke: weg, was sollte ihr der Blumenkranz?! Heftig zerrte sich auch an ihrem Kleid: weg, herunter damit! Es verbarg ja doch nichts. Sie riß die Augen weit auf, unbarmherzig bohrten sich ihre Blicke ins Spiegelglas: hier, hier, war die hohe Schulter, eine Schulter, die sich so wölbte, daß sie den ganzen Rücken rund machte und schief. Und hier die Hüfte war auch verschoben, trat zu stark vor — o Jesus Maria! Sie schlug beide Hände vors Gesicht und weinte laut. Nein, sie fand nie einen, der Sonntags mit ihr längs der Mosel spazierte und in die Weinberge hinaufstieg, der den Arm um sie legte, an dessen Schulter sie lehnen konnte, wenn sie müde vom Alltag war! Und sie hatte nichts, für das sie sich mühen konnte, sorgen mit Liebe — für wen, für was verdiente sie eigentlich? — für sich selber lohnte es ihr ja gar nicht.

Ihr Schluchzen erstickte sie fast, ihr runder Rücken schütterte, zwischen den Fingern liefen die Tränen durch. Sie tat die Hände nicht weg, sie mochte sich selber nicht mehr sehen. So stand sie lange, versunken in ihr Leid.

Etwas ließ Nettchen plötzlich doch aufmerken. Es kraspelte draußen an ihrer Tür. Jetzt rief eine Kinderstimme, und eine kleine Faust klopfte an „Aufmachen, aufmachen, mach mir doch auf!"

Da ließ Nettchen Schmitz die Hände herunterfinken. Wie Sonne nach Regen, so huschte ein freundlicher Schein über ihr vergrämtes Gesicht, sie wischte sich rasch über die Augen: sah man's auch nicht, daß sie so dumm geweint hatte? Sie lief zur Tür und schloß auf: Gott sei gedankt, das Kind, das Kind kam zu ihr!

Sie hob es hoch in die Höhe, und dann hielt sie es fest im Arm und küßte es viele Male.

Siebentes Kapitel

Bei Herrn Dousemont waren es jetzt vergnügte Wochen. Sein Sohn, der Herr Doktor, war da. Sämtliche Honoratiorentöchter im Städtchen und in der ganzen Umgegend beschäftigten sich in Gedanken mit dem jungen Arzt; auch die Mütter. Doktor Heinrich Dousemont wurde viel eingeladen. Aber er hatte schon im geheimen gewählt.

„Mir soll et recht sein. Wenn du sie wirklich so liebst, wie du sagst, hab ich nix einzuwenden," sagte der Alte, obgleich es ihm lieber gewesen wäre, der Sohn hätte sich bei seiner Wahl ein wenig beraten lassen. Es gab so viele hübsche und auch sonst nette Mädchen hier, die insofern vorzuziehen gewesen wären, als sie hier beheimatet waren und einen großen Verwandten- und Bekanntenanhang hatten. Und da der Heinrich sich hier niederlassen wollte, hätte ihm so eine gleich Praxis mitgebracht.

Der junge Arzt lächelte: sein guter alter Herr, der hatte gewiß schon eine für ihn in Aussicht gehabt. Aber Praxis würde er auch so schon bekommen; er war nicht umsonst ein paar Jahre Assistent in einem großen Bonner Krankenhaus und nachher noch Leiter der Gynäkologischen Abteilung gewesen, er kannte sein Fach. Und es gab so viele abseitige Moselnester, die für ältere Kollegen zu beschwerlich zu erreichen waren, die fielen ihm sicher zu; auf seinem Motorrad konnte er überall hin. Vielleicht schaffte er sich, wenn er verheiratet war, ein Auto an, dann konnte ihn seine junge Frau immer begleiten. Er sah sich im Geist schon mit ihr fahren. Wie würde sie staunen über die Schönheit der Landschaft! Sie kannte die Mosel nicht. Ihre blauen Augen würden sich verdunkeln vor innerer Bewegung, sie würde vor Entzücken jauchzen, in vollster Glücksempfindung sich zärtlich noch dichter an seine Schulter schmiegen. In ihm selber zitterte es heiß, wenn er sich das so ausmalte.

Oh, daß er sie nicht jetzt schon hier haben konnte! In Bonn hatte er sie täglich sehen können; nun war sie bei ihren Eltern in Berlin und würde auch da bleiben, bis es so weit war, daß er sie holen konnte. Wie lange, ach, wie lange dauerte das denn noch?! Er glaubte es kaum mehr aushalten zu können. Eine nervös machende, immer mehr und mehr zunehmende Bräutigamsungeduld hatte ihn befallen. Und die Nächte an der Mosel steigerten diese Bräutigamsungeduld noch. Es waren erst Mainächte und doch schon überaus warm, Nächte von einer Lindigkeit, die anfaßten wie mit Samthänden und doch das Blut mit heimlichem Feuer zum Sieden brachten.

Des Doktors Fenster sah nach der Mosel hinaus, nur durch den vorderen Garten war er vom Wasser getrennt, aber er empfand nichts von einem kühlenden Hauch. Es rauschte, es rauschte, wie heißes Flüstern klang ihm dies ständig herauf. So flüsterte es die ganze Nacht. Und vom Garten stieg ein Duften auf, das zu dem Flüstern paßte: der Flieder war bereits abgetan, aber Jasmin verhauchte seinen schwülen Atem, Holunder und Rosen mischten sich drein und die ersten blühenden Linden. Es war in warmer Nacht ein Duft, so stark, daß er fast betäubte, ein Duften, so erregend, daß es wild machte. Der Bräutigam riß sich das Hemd auf der Brust voneinander und lehnte sich, aus beengter Kehle atmend, weit hinaus. Diese Moselnächte hatte er sehr geliebt, zur Zeit aber bekamen sie ihm nicht gut; sie entnervten, machten matt. Er fühlte selber: er war energielos.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft und Gewerkschaft

Zwangsarbeit in USSR. — aber auch in USA.!

Das Ausladeverbot, das die oberste Zollbehörde der USA. über sämtliche Schiffe mit russischem Holz und Zellstoff verhängt hat, erfolgte mit der Begründung, das die Ware von Sträflingen und Zwangsarbeitern hergestellt und verladen worden wäre.

Ist das Verbot auch inzwischen aufgehoben, so hat es doch diese sensationelle Maßnahme des amerikanischen Schatzamtes auf

eines der jüngsten und dunkelsten Kapitel der gewaltsamen Industrialisierung und Kollektivierung

der arg daniederliegenden russischen Wirtschaft aufmerksam gemacht. Als Voraussetzung für die Einrenkung und Entwicklung der bolschewistischen Wirtschaft gilt die Erhöhung des Exports. Vor dem Kriege war Getreide der bedeutendste Exportartikel Rußlands; heute hat man alle Hoffnung auf das Holz gesetzt, vom dem das europäische und asiatische Rußland ja ungeheure Vorräte besitzen. Im Fünfjahresplan nimmt die Steigerung der Holzgewinnung denn auch den bedeutendsten Platz ein. Trotz fieberhafter Anstrengung des staatlichen Holztrusts, auf dessen Leiter die mit hinreichend bekannten Methoden schärfster Druck ausgeübt wird, sind die Erwartungen nicht erfüllt worden, wenn auch eine forcierte Produktionssteigerung nicht zu verkennen ist. Dieses Zurückbleiben der Holzbereitstellung liegt einmal an dem Mangel an Werkzeugen, wie Aexten, Sägen, Raupenschleppern usw., seine wichtigste Ursache ist aber der große Mangel an Arbeitskräften, der wiederum zum nicht geringen Teil auf das Fehlen von genügenden Unterkunftsstellen, Arbeitskleidung und Lebensmittel zurückzuführen ist.

Die bolschewistischen Machthaber wissen sich aber zu helfen! Um den Ausbau der Holzwirtschaft trotz allem vom Fleck zu bringen, sind sie dazu übergegangen, **für die Arbeit in den unwegsamen Waldgebieten die zwangsweise Mobilisierung der Bevölkerung** anzuordnen. Mit anderen Worten: man schreckt nicht davor zurück, zur Deckung des Arbeitsbedarfs eine Art Hörigkeit einzuführen. Ein am 13. Februar 1930 erlassenes Dekret ermächtigt die provinziellen Behörden, die Bevölkerung allenfalls mit Gewalt zur Waldarbeit anzuhalten. Besonders die „Kulaken" (Großbauern) sollen herangezogen werden. Die Genossenschaften wurden angewiesen, arbeitsfähige Personen, die sich weigern sollten, zum Holzfällen aufzubrechen, die Lebensmittel zu entziehen. Schon früher, um die Mitte 1929, hatte das Justizministerium verfügt, daß zu Freiheitsstrafen unter einem Jahr Verurteilte und sogar noch in Untersuchungshaft Befindliche als Zwangsarbeiter in die Wälder geschickt werden sollten. (Zirkulare vom 30. Juli bzw. 30. August 1928 und 14. Januar 1929.) Da aber die Zahl der Sträflinge nicht ausreichte, wurde die Zwangsmobilisation der freien Bevölkerung eingeführt. Allein im nördlichen Waldgebiet sollen auf diese Weise 15 000 Bauern finnischer Abstammung beschäftigt werden. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß die russischen Befehlshaber mit ihrer durch solche Methoden erreichten Schleuderausfuhr von Holz als Schrittmacher der sozialen Reaktion in den anderen Holzproduktionsländern wirken.

Die Beschuldigung, die jetzt in Amerika gegen Sowjetrußland erhoben wird, entbehrt indes bei allem Tragischen ihres Hintergrundes nicht einer unfreiwilligen Komik. Gerade

Nordamerika hat am wenigsten Veranlassung, sich über die russischen Praktiken zu entrüsten, da ja dieselben schier unglaublichen Zustände noch in mehreren seiner holzreichen Südstaaten herrschen.

Dort ist es nämlich gang und gäbe, daß Neger wegen geringer Uebertretungen zu Strafarbeit im Dienste von weißen Unternehmern verurteilt werden. Dieses System läßt den tollsten Mißbräuchen Tür und Tor offen. Nur allzuoft sind sich Unternehmer und Behörden wegen Lieferung billiger Arbeitskräfte handelseinig. Dabei ist es sehr einfach, die Sträflinge, die zunächst den für sie erlegten Betrag abzuarbeiten haben, durch allerlei Kniffe immer tiefer in Schulden hineinzutreiben, so daß sie praktisch zu Sklaven werden. Sie können von ihren Arbeitsherren sogar weiterverschachert werden! Aber auch „freie" Neger können auf Grund einer 1919 im Staate Florida zustande gekommenen, nur gegen Farbige gehandhabten Gesetzgebung diesem legalisierten Sklavenhandel leicht zum Opfer fallen, wenn sie von einem „Arbeitgeber", bei dem es nicht zum Aushalten ist, weglaufen, d. h. „kontraktbrüchig" werden. Für eine Schuld von wenigen Dollar erfolgt nämlich automatisch Verurteilung wegen „Unterschlagung" zu sechs Monaten Strafarbeit, was wiederum Verkauf an einen weißen „Boß" zur Folge hat.

Tausende solcher unglücklicher Neger werden in den Wäldern der Südstaaten von Terpentin- und Sägewerksgesellschaften beschäftigt.

Besonders im subtropischen Florida, dem Land der Millionärsbadeorte und Schönheitskönigginnen, ist die Waldarbeit im sumpfigen Innern eine Höllenqual. Die Arbeiter leben in elenden Hütten bei schlechter Ernährung und skandalöser Entlohnung, wobei sie Kleidung usw. zu Wucherpreisen vom Unternehmer beziehen müssen.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß für die Sperre auf das russische Holz weniger sittliche Bedenken als wirtschaftliche Augenblickserwägungen ausschlaggebend gewesen sind. Die amerikanische Holzwirtschaft befindet sich nämlich schon seit längerer Zeit infolge Stockung des Absatzes in einer so gespannten Lage, daß ihr die Einfuhr des billigen russischen Holzes verhängnisvoll werden könnte. J. Schuil.

*

Im Zusammenhang mit der oben geschilderten Zwangsarbeit in USSR. ist auch die Sklavenarbeit der Solowezki-Gefangenen zu nennen, die von der GPU. meist ohne gerichtliches Urteil in Verbannung geschickt werden.

In der Pariser Zeitschrift „Dni" (Redakteur Kerenski) werden Aufzeichnungen eines ehemaligen „roten Fliegeroffiziers Wasilij Swetschnikov veröffentlicht, die die Verhältnisse auf den Solowezki-Inseln und in den Gefangenenlagern in Kemj (dem der Verwaltung der Solowezki-Inseln unterstellten, gegenüber den Inseln auf dem Kontinent gelegenen Hafen) schildern. Von Kemj aus wird in der Hauptsache auch die Zwangsarbeit der Gefangenen geleitet. In den nachfolgenden, auszugsweise wiedergegebenen Aufzeichnungen wird diese Arbeitsorganisation sachkundig dargestellt.

Soroka ist der Mittelpunkt der heutigen Forstwirtschaft des Solowezki-Bezirks. In Soroka liegen die Werkstätten und von hier aus werden die Menschen zur Forstarbeit „abkommandiert". Bei der Arbeit sind die mit Gewehren bewaffneten Aufseher die Herren der Situation. Von ihnen hängt alles ab. Die Gefangenen arbeiten vom Morgenrot bis zum Abendrot. Die Kleidung wird aus Ersparnisgründen möglichst lange zurückgehalten. Kleidungsstücke liefert man als besonderen Anreiz zur Arbeit. Das ist die Erklärung dafür, daß an einem Tag 200 Gefangene eingefroren sind. Anfang Dezember 1928 war der Frost nicht sehr groß, die Temperatur betrug etwa 10 Grad unter Null. Am Morgen des 5. Dezember verlangten die Arbeiter vor dem Antritt zur Arbeit im Wald die Aushändigung der Arbeitskleidung. Der Arbeitsleiter antwortete mit Drohungen und erklärte, daß Kleidung nicht eher geliefert werde, als bis er sich von der Leistung jedes einzelnen überzeugt habe. So marschierten die Gefangenen ab, mit dem bekleidet, was sie gerade anhatten. Indes nahm der Frost zu, die Temperatur sank bis zum Abend bis auf 23 Grad unter Null. Bei Beendigung der Arbeit fielen einige auf der Stelle um. Andere fielen auf dem Rückweg um und etwa 1 bis 2 Stunden nach der Rückkehr hörte man aus allen Baracken das Stöhnen der Menschen mit eingefrorenen Gliedmaßen. Im Lazarett mußten vielen Arme und Beine amputiert werden.

Der Bau der Chausseestraßen zwischen Kemj und Uchta (160 Kilometer) und Kemj und Parandewo (82 Kilometer) auf unwegsamem Sumpfgrund beruhte auf zweifelhaften wirtschaftlichen Erwägungen und kostete hunderte und tausende Menschenopfer. Folgendes erzählten Arbeiter, die bei dem Bau beider Straßen während zweier Bausaisons beschäftigt gewesen sind. Sie wurden spät abends zur Arbeitsstelle getrieben, nach dem namentlichen Aufruf in einer baufälligen Baracke untergebracht, frühmorgens mit je einem Becher kochenden Wassers und einem Stück Brot ausgestattet und zur Arbeit gejagt. Man gab ihnen Werkzeuge, teilte sie in Arbeitskolonnen zu je sechs Mann ein und trug ihnen ein Pensum von 35 cm auf. Der ausgebaggerte Sumpfgrund muß von den Gefangenen selbst auf Loren abgeschleppt werden, es geht über Holzschwellen auf eine Entfernung von 150 Metern. Bis zum Gürtel in Wasser und Sumpf wurde unter der Aufsicht der Aufseher und Begleitmannschaften gearbeitet. Am ersten Tage wurden 14 Stunden gearbeitet, aber das Pensum haben nicht alle geschafft. Manche blieben häufig auch nachts zur Arbeit. Man brachte ihnen Brot und zwang sie, das Pensum abzuarbeiten. Und wenn einem die Kräfte verließen, so wurde er mit Gewehrkolben munter gemacht. Von der Arbeit kam man halbtot zurück, Gesicht und Hände von Sumpfmücken zerfressen. Dreimal in der Woche wurde ein Fleischgericht zu hundert Gramm, viermal in der Woche Fisch geliefert; zum Abendessen gab es Bohnen oder Brei. Erkrankungen waren sehr häufig: nicht selten arbeiteten Menschen mit Fieber mehrere Tage hintereinander, bis sie endgültig umfielen. Es gibt nicht einen Fußbreit Boden auf diesen Strecken, der nicht von Tränen oder Blut getränkt wäre.

Wo die Preise zu senken sind

Die Monopolgewinne der Zementindustrie

SPD. In den Erörterungen über die Kartellpreise spielt immer wieder die Zementindustrie mit ihren Monopolgewinnen eine Rolle. Auch im Rahmen der gegenwärtigen Preissenkungsaktion der Reichsregierung hat man sich mit den überhöhten Kartellpreisen beschäftigt. Im Reichswirtschaftsministerium haben vor einigen Tagen Besprechungen mit den Gesamtinteressenten stattgefunden und sehr wahrscheinlich wird auch der Reichswirtschaftsrat, der sich ja mit der Frage der Preissenkung zu beschäftigen hat, viel Interessantes über den Zementpreis zu sagen haben.

Die Drosselung des Baumarktes hat sich im vergangenen Jahr auch bei der Zementindustrie erstmalig wieder in einem starken Absatzrückgang ausgewirkt. Während von 1926 bis 1928 der Absatz von 5,8 auf 7,5 Millionen Tonnen, also um rund 35 Prozent angewachsen war und damit sogar den Rekordstand der Vorkriegszeit übertraf, fiel im Jahre 1929 der Gesamtabsatz um rund 7 Prozent. Bei dem Westdeutschen Syndikat, in dem der Wickingkonzern den Ton angibt, ist der Absatz sogar um 17 Prozent zurückgegangen. Es ist nun für die Kartellpolitik der Zementindustrie äußerst bezeichnend, daß verschiedene der führenden Unternehmen trotz Absatzrückgänge ihre Gewinne im letzten Jahr sogar noch steigern konnten. Die Dividende der wichtigsten Zementwerke stellten sich in den letzten beiden Jahren wie folgt:

	1928	1929
Konzern Heidelberg-Mannheim	10 Proz.	10 Proz.
Schles. Zementkonzern	12 Proz.	12 Proz.
Wickingkonzern	10 Proz.	10 Proz.
Portland Zement Oppeln	15 Proz.	12 Proz.
Portland Zement Germania	14 Proz.	14 Proz.
Portland Zement Hemmoor	15 Proz.	15 Proz.
Breitenburger Portl. Zement	12 Proz.	12 Proz.
Beton Monier	12 Proz.	12 Proz.

Diese Unternehmen, die zusammen mehr als 75 Prozent der deutschen Zementfabrikation beherrschen, haben also mit einer einzigen Ausnahme ihre Aktionärgewinne für 1929 auf der Höhe des vorhergehenden Hochkonjunkturjahres gehalten. Hiervon abgesehen hat die Kapitalbildung in Gestalt von außergewöhnlich hohen Abschreibungen und Rückstellungen nichts von dem Umfang der Vorjahre eingebüßt. Außerdem haben sich die Zementkonzerne bzw. ihre Syndikate auch im letzten Jahre die Niederringung der unbequemen Außenseiter Unsummen kosten lassen. Ein geradezu klassisches Beispiel für die Verschwendung, die zur Erhaltung der Kartelldiktatur und der festen Monopolpreise von den großen Zementkartellen getrieben wird, liefert der Abschluß des führenden süddeutschen Konzerns, der Portlandzementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart A.-G.

Dieses Unternehmen konnte trotz des schlechten Baumarktes im letzten Jahre seine Betriebsgewinne noch von 8,7 auf 9,2 Millionen steigern. Die Abschreibungen wurden um fast 30 Proz. auf 2,2 Millionen heraufgeschraubt und entsprechen fast der Dividendensumme, die (10 Prozent) an die Aktionäre ausgezahlt wird. Von diesen Abschreibungen entfallen allein 900 000 Mark (= 4 Prozent Dividende) auf Sonderabschreibungen für die im vergangenen Jahre aufgekauften zwei süddeutschen Außenseiterwerke. Also allein dieses Werk läßt sich die Beseitigung der Kartellstörenfriede und die Stützung seines Preismonopols rund 1 Million Mark kosten.

Nach den Berichten der Zementkartelle waren die Syndikatswerke im letzten Jahr nur zu wenig mehr als 50 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt. Der volkswirtschaftliche Unsinn einer nur 50prozentigen Ausnutzung der Betriebskapazität bei gleichzeitigen enormen Gewinnen liegt auf der Hand. Dieser Widersinn verschärft sich in der Zementindustrie noch besonders dadurch, daß die hochrentablen Werke ihre hohen Profitraten nur aus einem Teil des Gesamterlöses ziehen, da die Kartelle selbst einen erheblichen Teil der Erlöse mit Beschlag belegen und entweder zu Quotenkäufen oder zur Abdrosselung der Außenseiter verwenden.

Die amerikanischen Bahnen in der Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten hat auch bei den Eisenbahnen empfindliche Rückschläge hervorgerufen. Wie aus dem Bericht der zwischenstaatlichen Bundeskommission hervorgeht war der Beschäftigungsgrad bei den Bahnen durchschnittlich 6,59 Prozent geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Arbeiterschaft in den Betriebs- und Reparaturwerkstätten hatte am meisten unter Entlassungen zu leiden; dagegen wurden von den Direktoren und hohen Angestellten nur 0,57 Prozent „abgelegt".

Die Preisindexziffer der Metallwirtschaft

Die Preisinderziffer der Metallwirtschaft stellte sich am 6. August auf 85,8 gegen 86,1 am 30. Juli (Durchschnitt 1909/13 = 100), fiel also um 0,3 Prozent. Für die einzelnen Metalle wurden nach dem Preisstande vom 6. August 1930 folgende Einzelinderziffern errechnet: Kupfer 78,7 (am 30. Juli 1930: 78,8), Blei 114,8 (115,6), Zink 66,2 (67,8), Zinn 74,8 (74,0), Aluminium 132,0 (132,0), Nickel 107,7 (107,7), Antimon 76,2 (74,7).

Ueber die Pläne des Reichsarbeitsministeriums auf dem Gebiet der Unfallverlicherung

hat Ministerialdirektor Dr. Grieser auf der Tagung des Gewerkvereins der christlichen Bergarbeiter in Aachen einige Mitteilungen gemacht. Er erklärte, er habe den Reichsarbeitsminister Stegerwald bereits Reformvorschläge unterbreitet. Die Unfallversicherung sei bisher nur eine Angelegenheit der Arbeitgeber gewesen. Die Reform bezwecke, den Arbeitnehmern bei Erlaß und Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften gleiches Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Das Reichsarbeitsministerium trete für das paritätische Mitbestimmungrecht zugunsten der Unfallversicherten ein. Es steht auf dem Standpunkt, daß die Gesetzgebung in der Unfallversicherung nicht abgeschlossen sein könne. Man gehe auch mit dem Gedanken um, die Unfallversicherung auf Betriebe auszudehnen, auf die sie bisher nicht zur Anwendung gekommen sei, so auf den Kleinhandel und das Kleingewerbe.

Das klingt so, als ob durch Stegerwalds Initiative neue wichtige Reformpläne für die Unfallversicherung ausgearbeitet würden. In Wirklichkeit handelt es sich hier in der Hauptsache um Dinge, die bereits längst im Fluß waren, bevor Stegerwald die Geschäfte des Reichsarbeitsministeriums übernahm.

Im Lohntarifkonflikt des Holzgewerbes

hat das Reichsarbeitsministerium einen neuen Versuch unternommen, die Parteien zusammenzubringen. Von einer Aussperrung ist bis jetzt so gut wie nichts zu beobachten. Allem Anschein nach haben die Unternehmer eingesehen, daß Lohnabzug doch ein etwas heißes Eisen ist und daß der Ablauf der Lohnabkommen, sowie der Vertragsbruch des Arbeitgeberverbandes dem Deutschen Holzarbeiterverband Handlungsfreiheit gegeben haben.

Der Kongreß der Beamteninternationale

in Genf wählte zum ersten Präsidenten Falkenberg-Berlin. Seine Befugnisse sollen von der Exekutive festgelegt werden. Als internationaler Sekretär trat Laurent-Paris an Stelle von Noordhoff-Amsterdam. Der durch Englands Ausscheiden freigewordene Sitz in der Exekutive ging an die Tschechoslowakei über, so daß also nunmehr in der Exekutive Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Holland und die Tschechoslowakei vertreten sind.

In einer vom Kongreß angenommenen Entschließung wird mit Nachdruck gefordert, daß die Mitwirkung der Beamten an der Lösung der Verwaltungsfragen in direkter und dauernder Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Gewerkschaftsorganisationen gesetzlich geregelt wird. Diese Mitwirkung soll auf paritätischer Grundlage zwischen den staatlichen und gewerkschaftlichen Organisationen unter Ausschluß aller Sondergruppen erfolgen. Gegen den Gehaltsabbau machte der Kongreß in einer besonderen Entschließung energisch Front. Er forderte die Beamten aller Länder auf, zur Angleichung der Gehälter an die Lebenshaltungskosten zu kämpfen.

bereits auf 12 zurückgegangen. Vor allem die norddeutschen Gaue gingen durch Zusammenlegung ihrer Blätter bahnbrechend voran. Die Schaffung eines großen Reichsblattes wird nun auch in Dresden wieder im Vordergrund der Diskussion stehen.

Es ist zu hoffen, daß die Naturfreunde in sachlicher und energischer Arbeit dieser Aufgaben Herr werden und dem Bau der sozialistischen Arbeiterbewegung neue feste Stützen hinzufügen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Im unterirdischen Betrieb vom Schlage getroffen.

Im unterirdischen Betriebe der Zeche Osterfeld wurde der Bergmann Bernauer bei der Arbeit von einem Gehirnschlag betroffen, der seinem Leben nach kurzer Zeit ein Ende machte.

Zwei Arbeiter durch Ammoniaklauge verbrannt.

In der Ammoniakfabrik der Zeche Gneisenau waren zwei Arbeiter mit Reparaturarbeiten an einem Ammoniakbehälter beschäftigt. Als der eine Arbeiter trotz Verbots der Betriebsleitung in den Behälter steigen wollte, um ihn leer zu schöpfen, glitt er infolge eines Schwindelanfalles auf der Leiter aus und stürzte in die ätzende Flüssigkeit. Ein dem abgestürzten zu Hilfe eilender zweiter Arbeiter stürzte ebenfalls ab. Die nach Bergung der beiden Verunglückten angestellten Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Nach langer Arbeitslosigkeit vor der ersten Schicht tödlich verunglückt.

Zu den Abgebauten der Heinrichshütte gehört seit längerer Zeit der Werkmeister Ledebour. Nach langen Bemühungen gelang es dem 54jährigen in Linden-Dahlhausen Arbeit zu finden, die am Montag angetreten werden sollte. Als Ledebour auf dem Bahnhof ankam, befand sich sein Zug, mit dem er sich zur Arbeitsstätte begeben wollte, bereits in Fahrt. Er eilte ihm nach und versuchte aufzuspringen. Er stürzte, wurde vom Zuge überfahren und auf der Stelle getötet. Der Verunglückte hinterläßt Frau und sechs unversorgte Kinder.

Im Schalthaus getötet.

Im Schalthaus der Niedersächsischen Kraftwerke kam der Elektriker Thun aus Osnabrück mit der Starkstromleitung in Berührung. Er erlitt am ganzen Unterkörper so schwere Verletzungen, daß er kurze Zeit darauf im Krankenhaus verschied.

Schwerer Grubenunfall.

Dienstag morgen wurde auf der Zeche Westfalen der Hauer Paul Korb von herabfallenden Gesteinsmassen auf der Stelle getötet. Der mit Korb beschäftigte Hauer Koszielny wurde von den gleichen Gesteinsmassen so erheblich verletzt, daß seine sofortige Ueberführung ins Krankenhaus notwendig wurde.

Die Haupttagung der Arbeitersänger in Recklinghausen

Am Sonntag tagte im festlich geschmückten großen Saale des Volkshauses in Recklinghausen die 22. Gauversammlung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Gau Westliches Westfalen.

Die Recklinghäuser Sänger begrüßten die 140 Delegierten mit dem wirkungsvollen Vortrag des „Sturm". Der brausende Schlußakkord „Wir sind der Sturm", war der in allen Teilen glänzend verlaufene und für die Weiterentwicklung des Gaues wichtigen Tagung richtunggebender Auftakt. Liselotte Michalek entbot dann in einem Prolog den Anwesenden einen Willkommengruß.

Sodann eröffnete Gauvorsitzender Behr die Generalversammlung mit herzlichen Begrüßungsworten. Namentlich galt auch sein Gruß den anwesenden Ehrengästen. Tönneböhn überbrachte die Grüße und Wünsche der Stadtverwaltung Recklinghausen, Schade die des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leßmann sprach im Namen der Recklinghäuser SPD.-Organisation und Eickermann übermittelte die Freundesgrüße des Nachbargaues. Mit zu Herzen gehenden Worten übermittelte Bundesvorsitzender Klauder die Grüße und Wünsche des Bundesvorstandes.

Den Geschäftsbericht

erstattete der Gauvorsitzende Behr. Der Gauvorstand hat im vergangenen Jahre eine außerordentlich umfangreiche Arbeit leisten müssen, was schon aus der Eingangs- und Ausgangsstatistik hervorgeht. Weit über 2000 Ein- und Ausgänge mußten erledigt werden. Lieder sind in diesem Geschäftsjahr nicht zum Versand gekommen. Neu aufgenommen wurden acht Vereine. Der Kassenbericht des Kassierers Fiedler ergab ein erfreuliches Bild, denn der Gau verfügt über den recht ansehnlichen Kassenbestand von fast 6000 Mark. Sangesbruder Thöne (Bochum) erstattete den kurzen Bericht des Schiedsgerichts.

Die ausführliche Diskussion eröffnete Konrad (Hagen), der strengere Disziplin in der Beteiligung der einzelnen Vereine an den Gauveranstaltungen forderte und gegen die letzte Beitragserhöhung sprach. Bornemeier (Gelsenkirchen) sprach über das Gaufest in Gelsenkirchen, bei dem die Stadtverwaltung von Gelsenkirchen alles getan hat, was sie tun konnte. Er forderte größere Harmonie im Gau und warb für die Vorbereitung des nächsten Sängerfestes in Nürnberg. Veller (Kamen) erörterte innerorganisatorische Angelegenheiten des 2. Bezirks. Jakob (Langendreer) warnte davor, den Kassenbestand allzu optimistisch zu werten und forderte reinliche Scheidung der Arbeiter-Sängerbewegung von der Deutschen Sängerbewegung. Klauder vom Bundesvorstand stellte scharf heraus, daß die Interessengemeinschaft mit dem Deutschen Sängerbund lediglich eine Zusammenarbeit der Spitzen ist, um die Unterstützungen der öffentlichen Hand gleichmäßig zur Verteilung zu bringen. Im übrigen marschieren beide Bewegungen getrennte Marschrouten. Um die Voraussetzungen zur Erlangung der Gemeinnützigkeit eines Vereins zu erhalten, ist es zweckmäßig, die Zwangsformel parteipolitischer Organisation, die für die Mitgliedschaft Selbstverständlichkeit sein müßte, nicht in den Statuten zu verankern. Der Kassenbestand dürfte unter keinen Umständen reduziert werden. Der Bundesbeitrag ist in Anbetracht der großen Leistungen des Bundes nicht zu hoch. Das finanzielle Rückgrat des Bundes ist der eigene Verlag, der im letzten Jahre einen Umsatz von 1 Million gehabt hat. Die Auflage jedes neuen Chorwerkes, das der Bund herausgibt, kostet etwa 10 000 bis 12 000 Mark. Schölhammer (Altena) sprach über die Beteiligung des Volkschors Hohenlimburg an der 700-Jahrfeier. Bernhard (Dortmund) befürwortete einen weiteren Ausbau des Kassenfundaments und erstattete Anerkennung und Dank an die Gelsenkirchener Mitglieder für die Organisation des Gaufestes.

Die Wahlen

ergaben die Wiederwahl sämtlicher Gaufunktionäre. Lediglich trat neu Frau Reidt (Dortmund) in den Gauvorstand ein. Als Gaudirigent wurde einstimmig der bisherige Dirigent Salger (Dortmund) wiedergewählt. Nach der Mittagspause sprach Bundesvorsitzender Klauder (Berlin) in einem großangelegten Referat über

Die kulturellen Ziele und Aufgaben der Deutschen Arbeiter-Sängerbewegung.

In historischen Darlegungen zeigte er die großen Aufgaben der Arbeiter-Sängerbewegung als Mitstreiter im Freiheitskampf der Arbeiterschaft. Mit prägnanten Sätzen legte er das Wesen des Tendenzliedes dar, das zu pflegen die vornehmste Aufgabe der Arbeitersänger sei. Mit drastischen Beispielen wies er nach, daß die sogenannte Tendenzlosigkeit der bürgerlichen Sänger nichts anderes ist, als eine mehr oder minder geschickte Maskierung der Tendenz gegen alles, was der aufstrebenden Klasse dienlich und der herrschenden Klasse gefährlich werden könnte. Ebenso zeigte er auch das wahre Gesicht der Neutralitätsphrase der bürgerlichen Sängerbewegung auf und warb in eindringlichen und überzeugenden Worten für das Einsetzen des ganzen Menschen in den Befreiungskampf der Menschheit und für die neue Kultur. Er wies weiter auf, daß man heute von einer Kultur nicht reden könne, denn man stecke noch mitten in der Barbarei und könne höchstens von einer Zivilisation sprechen. Weiter legte er die Zusammenhänge zwischen Politik und Geistesbewegungen dar und wies nach, daß die herrschende Klasse alle Mittel (Schule, Kirche, Staat usw. usw.) rücksichtslos in ihren Dienst zu stellen versteht. Er zeigte auf, daß die Hauptaufgabe der Arbeiter-Sängerbewegung der Förderung des Befreiungskampfes der Arbeiterschaft sei und legte dar, welch hohen erzieherischen und ethischen Werte die Arbeiter-Sängerbewegung in sich birgt. Mit dem Hinweis darauf, daß auch am 14. September ein Kampftag der Arbeitersänger sei, schloß der Referent unter langanhaltendem Beifall der Delegierten. Mit großem Beifall wurde die Mitteilung des 2. Gauvorsitzenden Röttgen aufgenommen, daß der Gauvorstand das Referat in Druck geben werde, um allen Mitgliedern den Vortrag übermitteln zu können.

Den Beschluß des Gautages machte die Beratung der Anträge und die Erledigung anderer innerorganisatorischer Maßnahmen.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Sonderfahrt nach München—Garmisch-Partenkirchen und Oberammergau

Der Gelsenkirchener Verkehrsverein schreibt uns:

Nachdem die Deutsche Reichsbahngesellschaft seit dem Vorjahre den Feriensonderzugteilnehmern nur noch eine belanglose Fahrpreisermäßigung von 10 Prozent gewährt, hat sich das Interesse der Ruhrbevölkerung in steigendem Maße den Gesellschaftssonderzügen, sowie den von der Reichsbahndirektion Essen in Zusammenarbeit mit den großen Verkehrsvereinen ihres Bezirks veranstalteten Sonderfahrten zur See und ins Gebirge zugewandt. Diese Wendung mußte kommen, weil Gesellschafts- und Verwaltungssonderzüge nach wie vor mit einer 33 ein Drittel Prozent betragenden Preisermäßigung gefahren werden.

Erinnern wir uns einmal der bereits stattgefundenen Fahrten . . . nach Rügen (—Dänemark—Schweden), Berchtesgaden (—Salzburg), Garmisch-Partenkirchen (—Zugspitze—Innsbruck) . . . Sie verdienten wahrlich, als „wohlgelungen" bezeichnet zu werden; sie befriedigten jedweden Teilnehmer in jeder Weise. Noch nach Wochen waren sie Gegenstand lebhafter und freudiger Unterhaltung, weckten überall den Wunsch, recht bald wieder durch deutsche Gaue zu reisen, Land und Leute kennenzulernen.

Worin liegt nun der große Anreiz, an den Sonderfahrten teilzunehmen? Nicht nur in der Billigkeit (um 33 ein Drittel Prozent ermäßigt), sondern auch in dem sorgsam vorbereiteten, umfangreichen und doch nicht ermüdenden Programm, das sich in einem kurzen Zeitraum von 8 bis 9 Tagen abwickelt. Der Teilnehmer ist jeder persönlichen Vorsorge enthoben. Der Sonderzug verkehrt in einer so überaus günstigen Zeitlage, daß dem Erholungsbedürfnis in reichem Maße Rechnung getragen werden kann, daß aber auch die Gelegenheit gegeben ist, in den Zielorten an Veranstaltungen mancherlei Art teilzunehmen.

Eine solche Sonderfahrt findet vom 27. August bis 3. September 1930 statt. Sie führt die Teilnehmer von Essen Hbf. (ab 6.45 Uhr Anschlußzug Gelsenkirchen Hbf. ab 5.57 Uhr) über Würzburg, Augsburg nach München und weiter nach Garmisch-Partenkirchen und Oberammergau. Ueber das reichhaltige Programm unterrichtet eingehend ein Werbeprospekt, der im Reisebüro des Gelsenkirchener Verkehrsvereins und in der bahnamtlichen Auskunftsstelle kostenlos den Interessenten abgegeben wird.

Der Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt beträgt (ab Essen Hbf. 44,20 RM. Die Gutscheinhefte, die für zwei Uebernachtungen in München (einschließlich Frühstück, Bedienung und Fremdensteuer), eine Stadtrundfahrt in München, eine Besichtigung des Deutschen Museums, vier Uebernachtungen in Garmisch-Partenkirchen (einschließlich Frühstück, Bedienung und Kurtaxe), eine Uebernachtung in Oberammergau gelten, kosten je nach Qualität des Hotels 43 RM, 49 RM, 55 RM, 58 RM.

Auf Wunsch werden auch Gutscheine für eine Berg- und Talfahrt mit der Zugspitzbahn für 20 RM und zum Besuch der Oberammergauer Festspiele für 20 RM, 1. Platz: 15 RM 2. Platz; 10 RM 3. Platz und 5 RM 4. Platz ausgegeben.

Wir hoffen, daß sich recht viele Gelsenkirchener zu dieser vielversprechenden Sonderfahrt, die noch in die Ferienzeit fällt, melden. Sie werden auf ihre Kosten kommen.

Für uns aber kommt es erneut darauf an, der Reichsbahndirektion zahlenmäßig zu beweisen, daß nicht nur die Bergisch-Märkische Strecke, sondern auch unsere — die Köln-Mindener Linie — qualifiziert ist, Sonderzüge rentabel zu gestalten.

Freiwillige Städtische Feuerwehr, Gelsenkirchen.

Zum 1. Preußischen Feuerwehrtag in Münster versammeln sich die Abteilungen so rechtzeitig am Sonntagmorgen, daß sie Punkt 7 Uhr am Hauptbahnhof eintreffen. Abfahrt mit Sonderzug um 7.23 Uhr.

Die Fahrkarten müssen Samstag abend Punkt 6 Uhr, von den einzelnen Abteilungen am Hauptbahnhof beim Kameraden Hackenberg in Empfang genommen werden.

Diejenigen Kameraden, die Samstag um 12.49 Uhr fahren, lösen Sonntagsrückfahrtkarte und können Sonntag mit dem Sonderzug zurückfahren.

KINDERFREUNDE

Achtung! Zeltlagerfahrer!

Die Zeltlagerfahrer (Helfer und Helferinnen), die am Sonntag, dem 17. dieses Monats, nach Namedy fahren, müssen um 4 Uhr morgens an der Wiese sein. Sämtliche Einzahlungen müssen bis Freitag nachmittag erledigt sein.

GELSENKIRCHEN-BUER

SPD., Ortsgruppe Schalke.

Sonntag, den 17. dieses Monats, 19 Uhr, im Lokale Heining, Gewerkenstraße: Wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Reichstagswahl (Referent: Genosse Brüntink, 2. Bericht von den Parteikonferenzen. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist erforderlich.

SPD., Ortsgruppe Erle (Frauengruppe).

Donnerstag, den 14. dieses Monats, 17 Uhr, im Lokale Grünewald: Frauenversammlung. Referentin: Genossin Pfeifenbring. Kaffeetassen mitbringen!

JUGEND-VERANSTALTUNGEN

SAJ., Gelsenkirchen.

Wir wollen, nachdem wir uns nun sechs Wochen lang ausschließlich mit geistigen und organisatorischen Dingen beschäftigt haben, wieder einmal einen Spiel- und Tanzabend vom Stapel lassen. Seid darum am Donnerstag alle recht pünktlich um 20 Uhr zur Stelle. Ihr müßt, sofern euch das bei der schlechten Zeit noch möglich ist, alle eine recht frohe Laune mitbringen.

Gewerkschaftliches

Achtung! Bezirksversammlung des DMV., Wanne-Eickel.

Am Samstag, dem 16. dieses Monats, abends 7 Uhr, findet im Lokale Eckey, Ebertstraße, eine wichtige Versammlung für den Bezirk Wanne-Eickel statt. Sämtliche Kollegen aus dem genannten Bezirk müssen erscheinen.

Die Verbandsleitung.

Achtung! Bezirksversammlung des DMV., Wattenscheid.

Am Samstag, dem 16. dieses Monats, abends 7 Uhr, findet im Lokale Braukämper, Vödestraße, eine wichtige Versammlung für den Bezirk Wattenscheid statt. Sämtliche Kollegen aus dem genannten Bezirk müssen unbedingt erscheinen.

Die Verbandsleitung.

Achtung! Bezirksversammlung des DMV., Feldmark.

Am Freitag, dem 15. August, abends 7.30 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine wichtige Versammlung für den Bezirk Feldmark statt. Alle Kollegen aus dem genannten Bezirk müssen unbedingt erscheinen. Die Verbandsleitung.

ARBEITER-SPORT

Achtung! Freie Turn- und Sportvereinigung Buer 25.

Nächsten Sonntag, den 17. dieses Monats, steigt im Volkshaus Buer, um 19 Uhr unsere Zentralversammlung. Anschließend: Geselliges Beisammensein. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

2 Ratschläge für die Schönheitspflege auf der Reise

1. Zur natürlichen Bräunung der Haut fette man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände, mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhafte Rötung eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. — Creme Leodor, Tube 60 Pf. und 1 Mark, Leodor-Edel-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne putze man früh und abends die Zähne mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont, die auch an den Seitenflächen mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen elfenbeinartigen Glanz erzeugt. — Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Mk., Chlorodont-Zahnbürste 1 Mark, Chlorodont-Mundwasser 1 Mark

Neue Ausbrüche des Krakatau

1600 Meter hohe Feuergarben – Panik unter der Bevölkerung

Amsterdam, 13. August. (Eig. Drahtbericht.)

Die Insel Anak Krakatau, die sich nach den letzten Eruptionen plötzlich wieder bis 40 Meter über den Meeresspiegel erhob und dann nach einigen Tagen versank, ist jetzt wieder sichtbar geworden.

Der Krakatau entwickelte in den letzten 24 Stunden starke eruptive Tätigkeit. Nicht weniger als 1170 Eruptionen, von ihnen 68 über 1000 Meter und 257 über 500 Meter hoch, wurden festgestellt. Die höchsten Eruptionen wurden mit 1600 und 1650 Meter erreicht. Ein gewaltiger Feuerstrom und riesige weiß und rot glühende Lavamassen wurden hierbei unter donnerartigem Getöse, das Hunderte von Kilometern weit vernehmbar war, ausgespien. Es konnten nicht weniger als vier eruptive Krater festgestellt werden. Aus einem Krater ergießt sich in nordöstlicher Richtung ein gewaltiger, alles vernichtender Lavastrom. Der Bevölkerung hat sich eine Panik bemächtigt. Der Gouverneur hat umfassende Maßnahmen zum Abtransport der Bevölkerung getroffen.

Präsident Krügers Millionen

Südafrika vermag ganz ohne Goldfieber und Schatzgräberfimmel nicht zu leben. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse tun das übrige, um die Lust nach der Förderung phantastischer Reichtümer zu steigern. Augenblicklich halten die vergrabenen Millionenschätze des letzten Burenpräsidenten Ohm Krüger das ganze Land in Atem und man sucht nach ihnen gleichzeitig an drei verschiedenen Stellen, bei Johannesburg, in der Nähe der großen Heerstraße nach Heidelberg und hunderte Meilen weg von jeder menschlichen Behausung im wildesten Buschfeld. Eine Gesellschaft von Eingeborenen hat sich gegen ein hohes Honorar einen Zauberdoktor engagiert, der nach geheimnisvollen Zeremonien einen Platz bezeichnete, an dem nach vielem Graben endlich zwei Pfund Kupfergeld, in einer Zinnbüchse säuberlich verpackt, gefunden wurden. Durch die Nachricht von diesem Funde angelockt, fanden sich sehr bald Scharen von Schatzsuchern an der Stelle ein und es kam zwischen den Rivalen zu blutigen Schlägereien, daß die Polizei einschreiten mußte. Eine Gruppe von Europäern, die im Busch nach den Millionen des Präsidenten suchte, kehrte mit schwerer Malaria nach Johannesburg zurück, aber ihre Hoffnungen sind ungebrochen und sie kann kaum ihre Genesung abwarten, um ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

Professor Calmette

spricht auf dem Anti-Tuberkulose-Kongreß

Oslo, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Auf der 7. Konferenz der Internationalen Union gegen die Tuberkulose sprach heute Professor Calmette aus Paris über seine Methode zur Prophylaxie der Tuberkulose, wobei er u. a. folgende Gedankengänge entwickelte. Im Gegensatz zu anderen Impfungen, die, wie zum Beispiel bei der Tollwut, den Pocken, dem Typhus usw. den Organismus für längere Zeit gegen Ansteckung schützen, selbst wenn keine Spur mehr von den eingeimpften Bazillen im Körper vorhanden sind, wirkt der eingeführte Tuberkulose-Erreger im schützenden Sinne nur so lange, als er im Organismus bleibt. Er sei also auf den Gedanken gekommen, in dem menschlichen bzw. tierischen Körper eine gewisse Menge einer Tuberkulose-Bazillen-Kultur einzuführen, die dort ständig bleiben soll. Um diesen Bazillen jede giftige Beschaffenheit zu entziehen und sie vollkommen ungefährlich zu machen, kultiviere man sie in ununterbrochenen Reihen auf mit Glyzerin vermischter Katzengalle. Auf diesem außerordentlich alkalireichen Nährboden verlieren die Bazillen nach 230 Uebertragungen, die alle 25 Tage vorgenommen werden (das ganze Verfahren dauert 13 Jahre lang) vollkommen ihre Gefährlichkeit, sie behalten aber die Eigenschaft, den Organismus durch Ansteckung von giftigen Bazillen derselben Art zu schützen. Diese Kulturen werden zur Herstellung eines Serums verwendet, das den ganz kleinen Kindern, deren Organismus noch keine normalen Tuberkulose-Bazillen enthält und deren Darmwände die Bakterien noch leicht durchlassen, als Nahrung verabreicht. Solche Kinder sollen nach Calmette, besonders in den kritischen Wachstumsjahren, gegen Tuberkulose gesichert sein. In dem zweiten Teil seines Vortrags suchte er die Kritiken seines Verfahrens zu entkräften und erklärte an Hand von Material, das die Zahl der Mißerfolge äußerst gering sei. Jedenfalls sei es vollkommen abwegig, aus den wenigen Unfällen auf die Gefährlichkeit eines Verfahrens zu schließen, durch das unzählige menschliche Existenzen, die sonst der schrecklichsten aller Krankheiten schutzlos erliegen würden, gerettet und erhalten werden können.

65 Tote in Lübeck

Lübeck, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Nachdem seit einiger Zeit ein Stillstand hinsichtlich der Sterblichkeitsziffer der mit dem Tuberkuloseimpfpräparat gefütterten Säuglinge eingetreten ist, ist jetzt ein neuer Todesfall zu verzeichnen. Die Zahl der Opfer hat sich damit auf 65 erhöht. Als krank meldet der Bericht des Lübecker Gesundheitsamtes noch 55, als gebessert 73, als gesund bzw. noch in ärztlicher Beobachtung 58 Säuglinge.

Berufung gegen das Urteil im zweiten Buirer Eisenbahnprozeß

Köln, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Wie wir erfahren, ist in dem zweiten Prozeß wegen des Buirener Eisenbahnunglücks, in dem Reichsbahnbetriebsassistent Mennenkamp in Hamm i. W. wegen Mitschuld an dem Unglück zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, sowohl von der Staatsanwaltschaft wie von der Verteidigung Berufung eingelegt worden.

Schiffsuntergang bei Kanton

70 Tote

Kanton, 13. Aug. (Drahtmeldung.) **Auf dem Hsikiang ist ein großer chinesischer Dampfer auf eine Mine gestoßen und gesunken. Dabei fanden 70 Passagiere, meist Frauen, den Tod.**

Taifun über Süd-Ostjapan

Osaka, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Das südöstliche Japan ist gestern von einem Taifun heimgesucht worden, der eine Stundengeschwindigkeit von 80 bis 90 Kilometer erreichte. Zahlreiche Häuser wurden überschwemmt und beschädigt. Die zeitweilig unterbrochenen Verbindungen konnten alsbald wieder hergestellt werden.

Das Spießerarsenal

In der nationalsozialistischen Zeitschrift „Die Diktatur", dem Organ des pommerschen Hakenkreuzgauleiters W. von Corswant, finden wir die folgende Selbstverhöhnung der Nationalsozialisten:

„Was zu einem echten Nationalsozialisten gehört? In erster Linie drei Abzeichen: eins auf dem Rockaufschlag, eins auf der Weste und eins auf dem Schlips, selbstverständlich hakenkreuzverzierte Manschetten und Hemdenknöpfe. Ein rotseidenes Taschentuch mit eingesticktem „Juda verrecke!", auf beiden Seiten auf dem Leibriemen am passendsten „Deutschland erwache" und einige Fingerringe, mit dem Sie Hakenkreuze siegeln können. Ehrensache muß es sein, nur aus Bierkrügen mit Hakenkreuzwappen zu trinken und auf der Pfeife oder auf dem Zigarettenbehälter Hitlers Bild in Buntdruck glänzen zu lassen. Wenn Sie dann noch auf Ihre Besuchskarten „Z. P., Kämpfer für das dritte Reich," drucken lassen und sich einen Ring mit Hakenkreuz durch die Nase ziehen, dann sind Sie — reif fürs Irrenhaus."

Dieser Selbstcharakteristik und namentlich ihrer letzten Konsequenz braucht nichts mehr hinzugefügt zu werden.

Polarforscher Wilkins

hinterlegt für sein Forschungs-U-Boot 10 000 Dollar

Neuyork, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Der Polarforscher Sir Hubert Wilkins, der, wie bereits gemeldet, beabsichtigt, in einem Unterseeboot unter dem Packeis zum Nordpol vorzudringen, hat für das ihm von der Regierung zur Verfügung gestellte U-Boot 10 000 Dollar hinterlegt. Er will das Boot überholen lassen.

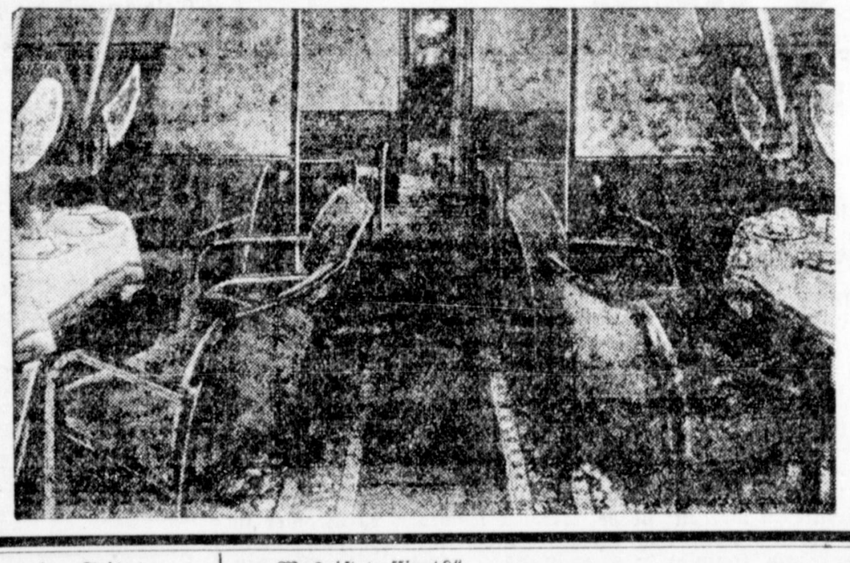
Explosion auf einem englischen Tankdampfer

Hamburg, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Eine folgenschwere Explosion ereignete sich heute nachmittag auf der Unterelbe bei Pagensand auf dem 6000 Tonnen großen englischen Tankdampfer „Camillo". Das Schiff hatte in Hamburg gelöscht und war heute mittag mit Wasserballast aus dem Hafen aufgebrochen. Worauf die Explosion zurückzuführen ist, ist noch vollständig ungeklärt. Man vermutet, daß Rückstände von Gasen an Bord in Brand geraten sein müssen. Der Dampfer, der durch die Explosion schwer beschädigt worden ist, mußte im brennenden Zustande bei Pagensand auf Grund gesetzt werden. Weitere Einzelheiten sind bisher noch nicht bekannt, insbesondere steht noch nicht fest, ob und wieviel Menschen bei der Katastrophe zu Schaden gekommen sind.

Folgenschwere Geschoßexplosion

Drei Kinder getötet

Warschau, 13. Aug. (Drahtmeldung.) **Ein folgenschweres Unglück ereignete sich auf dem Schießplatz von Rembertaw bei Warschau. Einige Kinder spielten dort mit einem Artilleriegeschoß, das sie auf der Wiese fanden. Dabei schlug eines der Geschosse auf den Boden auf und explodierte. Drei Kinder wurden dadurch getötet, zwei schwer verletzt.**



Das Flugschiff Do X ist jetzt, nach vollendetem Einbau der amerikanischen Motoren, auch in seiner Inneneinrichtung fertiggestellt. Wir zeigen im Bilde die vornehmen und elegant eingerichteten Passagierräume des Flugschiffes.

GESETZ das röret

Roman von Frank Arnau

65.) (Fortsetzung)

„Wenn die Eintragungen beim Postamt W 35 stimmen —"

„Wer ist Dr. Berolsheimer?"

„Eigentlich müßte die Polizei das ja besser wissen als ich. Aber ich kann Ihnen Auskunft geben. Dr. Berolsheimer ist ein junger Arzt, der sich recht und schlecht mit einer nicht übermäßig großen Kassenpraxis durchschlägt. Er steht ziemlich aktiv in der sozialistischen Bewegung, und eigentlich tut es mir sehr leid, daß ich Ihnen diesen ausgezeichneten Menschen, — denn er ist ein ausgezeichneter Mensch! — ans Messer liefere!"

„Sie drücken sich vielleicht etwas zu bestimmt aus, Herr Baumann, denn man kann nicht ohne weiteres annehmen, daß dieser Dr. Berolsheimer Honorare nur für verbotene Eingriffe erhält. Was wollen Sie denn machen, wenn der Mann sagt: ‚Jawohl, ich habe Fräulein Lehner von einem Schnupfen kuriert, oder von einer Halsentzündung, oder von irgendeinem anderen Leiden!' So einfach ist die Geschichte also noch nicht!"

„Herr Gott — die Kriminalpolizei scheint neuerdings aus lauter Vorsicht und Bedenken zusammengesetzt zu sein! Natürlich kann der Dr. Berolsheimer leugnen, aber dafür sind Sie ja Polizei, daß Sie ihn überführen! Das ist doch Ihr Beruf, die Leute ins Zuchthaus zu bringen — und nicht der meine. Ich will das Vorrecht des ersten Artikels haben, der Sensation — aber ein Henker bin ich nicht!"

„Sie werden ausfallend, Baumann! Ich weiß nicht, weshalb Sie sich erregen. Natürlich bin ich vorsichtig — glauben Sie vielleicht, ich riskiere eine Verhaftung, und nachher stellt sich heraus, daß dem Mann nichts zu beweisen ist? Wo der Mensch noch dazu Spezialist ist? Denken Sie doch an das Geschrei der Linkspresse! Nein, denken Sie lieber nach, wie wir es machen, dem Mann die Tat nachzuweisen!"

Baumann sah den Kommissar ein wenig von der Seite an:

„Ich darf vielleicht bemerken, daß ich sozusagen einen Beruf habe! Ich kann mich nicht so ausschließlich Ihren Angelegenheiten widmen, wie Sie vielleicht denken!"

Der Kommissar wußte, wo Baumann hinauswollte.

„Es ist selbstverständlich, daß ich dem Herrn Kriminalrat davon Mitteilung mache, daß Sie in diesem Falle für uns arbeiten und daß diese Arbeit eine ordentliche Belohnung wert ist. Ich glaube, Sie haben sich nie über mich in dieser Beziehung beklagen können."

„Zugegeben, Herr Kommissar. Aber gerade dieser Fall ist außerordentlich und geht mir gewissermaßen contre coeur!"

Der Kommissar lachte:

„Das heißt also, Sie wollen nicht nur für Ihre Arbeit, sondern auch für Ihr Gewissen etwas haben! Wird gemacht, lieber Baumann, besonders, wenn die Arbeit den gewünschten Erfolg hat!"

„Gut!"

Noch am gleichen Tage nachmittags standen der Transportarbeiter Flügel und der Schneider Schulz vor Dr. Berolsheimer. Sie hatten über eine halbe Stunde im Wartezimmer verbracht und waren dann zusammen, als sie an der Reihe waren, in das Ordinationszimmer gegangen.

Dr. Berolsheimer sah die beiden etwas verwundert an:

„Was ist denn das — was wollen Sie denn zu zweit? Immer einer nach dem anderen! Wer später kam, muß sich gedulden!"

„Nee, nee", — sagte der Schneider Schulz — „das is schon ganz richtig! Wir sind zusammen gekommen, weil wir nämlich den Herrn Doktor auch zusammen sprechen wollen."

„Zusammen? Was wollen Sie denn?"

Nun nahm der Transportarbeiter Flügel das Wort:

„Es ist nämlich — tja — wegen seiner Schwester is es, wegen der Luise! Luise Schulz! Ackerstraße 93."

„Das kann ja sein. Aber was ist es nun mit dem Mädchen?"

Der Transportarbeiter Flügel gab dem Schneider Schulz einen Stoß:

„Nu red du schon! Du verstehst das besser!"

Der Schneider Schulz räusperte sich.

„Also das is nu so, Herr Doktor: die Luise, die is doch krank, das wissen Sie doch, Herr Doktor. Immer auf der Brust. Tuberkulose und so. Und was der Heinrich hier is, das is ihr Bräutigam. Ja, und nu, sehen Sie, da is nu eben was passiert."

„Was ist passiert?"

„Nu ja, sehen Sie, das Mädchen eben, und der Heinrich — wie das so geht! Sie is eben in der Hoffnung!"

„Was soll denn ich dabei tun?"

„Ach Gott, Herr Doktor, das is so schwer! Wenn das Mädchen, wie Sie wissen, sowieso nich gesund is — immer auf der Brust — und da haben wir eben gemeint, der Herr Doktor könnte uns 'n Mittel geben, daß das — nu ja — das es eben wieder glatt geht!"

„Was fällt Ihnen denn eigentlich ein? — Warum ist denn Ihre Schwester nicht selbst gekommen?"

„Ach Gott — das Mädchen schämt sich eben so sehr!"

„Aber das ist doch lächerlich, wenn Ihre Schwester etwas von mir will, so soll sie gefälligst selber kommen!"

„Wir wollten ja auch nur wissen, Herr Doktor, ob es die Möglichkeit is, daß da etwas geschehen kann. Denn sehn Se mal, was der Heinrich is, der is natürlich arbeitslos. Die Luise näht, aber wieviel verdient sie schon! Wo sie doch so krank is und immer hustet und oft ganze Tage liegen muß! Da haben wir ebent gemeint, wir fragen mal an, ob der Herr Doktor ihr nicht helfen könnte!"

„Schicken Sie das Mädchen her — wenn sie wirklich an Tuberkulose leidet, ist vielleicht die Möglichkeit gegeben, daß ein Eingriff gemacht wird."

„Ist das aber auch nicht gefährlich?" fragte nun der Transportarbeiter Schulz.

„Gefährlich, wieso?"

„Ich meine —, ich meine für die Gesundheit, Herr Doktor!"

„Nein. Wenn alles in Ordnung vor sich geht, nicht!"

„Na, denn bin ich beruhigt. Ich dachte nur, wissen Sie, Herr Doktor, man hört so manches! Die Luise, die war also als Näherin bei Kommerzienrat Dominique in der Gutzkowstraße, na, und da is doch im Haus 'n junges Mädchen auch an einem Eingriff gestorben — Juscha Lehner, glaub' ich, hat sie geheißen — und wenn es bei der schief ging, da sorgt man sich nu —"

„Wenn die Juscha Lehner nicht so unvernünftig gewesen wäre, zu früh aufzustehen, dann wäre ihr gewiß nichts geschehen!"

„Ist das sicher?" fragte der Schneider Schulz.

„Ja, das ist sicher."

(Fortsetzung folgt.)

Das Zentrum fordert beschleunigte Wahlreform

Berlin, 14. Aug. (Eigene Meldung.) Vor der Aufstellung der Liste der Zentrumspartei in Westfalen-Nord wurde nach einer Meldung der Börsenzeitung folgender Antrag Dr. Stricker-Münster angenommen: „Sämtliche Kandidaten werden nur unter der Voraussetzung aufgestellt, daß sie zusichern, mit größter Aktivität für eine Wahlreform einzutreten, die eine enge persönliche Verbindung zwischen Abgeordneten und Wählern sicherstellt und den Wert der Persönlichkeit mehr zur Geltung kommen läßt." Prälat Dr. Schreiber erklärte hierzu, daß Reichskanzler Brüning entschlossen sei, eine Wahlreform durchzuführen. Reichsinnenminister Dr. Wirth sei beauftragt, einen Wahlgesetzreform-Entwurf möglichst bald dem Reichstag vorzulegen.

Die Boykottbewegung

und der Deutsch-Finnische Handelsvertrag

Dr. Schiele stellt die Kabinettsfrage

Das Reichskabinett will sich am Donnerstag darüber entscheiden, ob der deutsch-finnische Handelsvertrag gekündigt werden soll oder nicht. Damit wird auch eine eminent wichtige Frage für die deutsche Industrie entschieden. Bekanntlich ist die Boykottbewegung in Holland gegen Deutschland wieder eingedämmt, nachdem die privaten Verhandlungen um eine kontingentierte Lieferung finnischer Agrarprodukte nach Deutschland gescheitert sind. Herr Schiele gibt sich aber hiermit nicht zufrieden. Er will seine überagrarischen Interessen auf Kosten der deutschen Industrie durchsetzen und hat das stärkste Geschütz aufgefahren, das ihm zur Verfügung steht. Er hat die Kabinettsfrage gestellt. Sollte er sich durchsetzen,

dann wird die Boykottbewegung in Holland und in den skandinavischen Ländern von neuem aufleben und der deutschen Wirtschaft einen Schaden zufügen, der ein weiteres Anschwellen des Arbeitslosenheeres in Deutschland bedeutet. Dafür wird dann aber nicht nur Herr Schiele, sondern das ganze Kabinett Brüning verantwortlich sein.

Der Kampf um die Schlachtsteuer

Sozialdemokratischer Aufhebungsantrag

München, 13. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der Kampf um die Schlachtsteuer-Notverordnung in Bayern nahm am Mittwoch eine überraschende Wendung. Die Regierung hat mit einer neuen Verordnung den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Schlachtsteuer um acht Tage, nämlich auf den 22. August hinausgeschoben. Der Landtag tritt am 19. August zusammen. Dort wird mit ziemlicher Sicherheit der sozialdemokratische Initiativ-Gesetzentwurf auf Aufhebung der Schlachtsteuer-Notverordnung angenommen werden. Die Regierung hat also Angst vor ihrer eigenen Kurage bekommen und hat es nicht gewagt, den Landtag vor die vollendete Tatsache zu stellen und ihm den offenen Krieg zu erklären. Es mag sein, daß sie sich von der schwachen Hoffnung leiten läßt, vielleicht doch noch in der offenen Feldschlacht im Landtage einen zufälligen Sieg davon zu tragen.

Staatspartei und Volkspartei

Gemeinsamer Wahlvorschlag in Württemberg

Stuttgart, 13. August. (Eig. Drahtbericht.) Auf dem am Mittwoch abgehaltenen Vertretertag der Deutschen Volkspartei Württembergs wurde mit allen gegen drei Stimmen eine Entschließung angenommen, wonach die Partei an der vollen Selbstständigkeit ihrer Organisation und ihres Programms grundsätzlich festhält, jedoch mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Württemberg ihre Bereitwilligkeit zur Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste für die bevorstehende Reichstagswahl erklärt. Zum Zwecke der Durchführung dieses Beschlusses wurde die Parteileitung beauftragt, Verhandlungen mit der Staatspartei wegen der Kandidatenliste zu führen. Nach diesem Beschluß scheint die Reihenfolge der Kandidaten auf dem gemeinsamen Wahlvorschlag, wie sie auf dem Vertretertag der Demokratischen Partei in Aussicht genommen war, noch nicht endgültig festzustehen.

Bürgerblock in Braunschweig?

Wachsender Widerstand

Braunschweig, 13. August. (Eig. Drahtbericht.) Die reaktionären Parteien Braunschweigs bemühen sich, zu den Landtagswahlen, die mit der Reichstagswahl zusammenfallen, eine Einheitsliste aller bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen um Hugenberg bis zu den Demokraten zustande zu bringen. Dabei ist ohne weiteres über den Kopf der kleinen Linksparteien hinweg verfügt worden. Indessen

macht sich gegenüber dieser Einheitsliste ein wachsender Widerstand der Volksnationalen, des Landbundes, der Demokraten und der Braunschweiger Welfen bemerkbar, die ihre Vertreter beauftragt haben, auf stärkere Berücksichtigung bei der Kandidatenliste zu drängen, widrigenfalls sie sich an der Einheitsliste nicht beteiligen wollen.

Neue Verhandlungen

im Konflikt der Berliner Metallindustrie

Berlin, 13. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichsarbeitsministerium hat die am Berliner Konflikt beteiligten Arbeitgeber- und Angestellten-Organisationen zu neuen Verhandlungen geladen, die am Donnerstag beginnen. Diese Verhandlungen sind ein letzter Versuch, den Konflikt schiedlichfriedlich zu lösen. Ob der Versuch gelingen wird, muß stark bezweifelt werden.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Berliner Metallindustriellen, die anfangs unter dem Entrüstungssturm der Oeffentlichkeit moralisch in die Enge getrieben worden waren, neuerdings sich wieder zuversichtlicher geben. Der Grund dafür liegt sicherlich darin, daß den Fanfarenstößen des Reichsarbeitsministeriums, das den Metallgewaltigen mit der Entziehung der für sie vorgesehenen Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm gedroht hat, keine Taten folgten.

Das Ministerium will allem Anschein nach bei den neuen Verhandlungen erst noch einmal genauen Einblick in den Tatbestand nehmen und nun — was noch wichtiger ist — feststellen, wie es mit der Friedensbereitschaft der Metallindustriellen steht. Lenken die Berliner Industriellen nicht ein, kommt es nicht zu einer Zurücknahme der Kündigungen, dann wird es für den Reichsarbeitsminister, dessen Energie von seinen Freunden gern gerühmt wird, Zeit zum Handeln.

Tagung der Internationale

in Zürich

Zürich, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) In der kommenden Woche findet in Zürich eine Tagung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale statt. Vom 18. bis 20. August tagt die Kommission für die Probleme des Völkerbundes unter dem Vorsitz von de Brouckere-Belgien. Deutschland ist in dieser Kommission durch Breitscheid vertreten. Der Kommission gehören ferner an Bracke-Frankreich, Gillies-England, Unden-Skandinavien, Winter-Tschechoslowakei und Modigliani-Italien. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Hauptpunkte der Tagesordnung der bevorstehenden Völkerbundversammlung. Am 21. tritt das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale zusammen, um die Beratungen der Exekutive vorzubereiten, die am 22. und 23. tagt. Den Vorsitz führt de Brouckere als stellvertretender Präsident, da sich der eigentliche Präsident Vandervelde auf einer Studienreise nach China befindet. Auf der Tagung der Exekutive steht neben anderen Fragen die Stellungnahme zum Briandschen Memorandum und das Asylrecht. Am 24. August nimmt die Exekutive an der 51. Jahresfeier des Wydener Kongresses der Sozialisten teil. Dort werden Hermann Müller und Führer der anderen sozialistischen Parteien sprechen.

Der Streik in Nordfrankreich

Paris, 13. August. (Eig. Drahtbericht.) Im nördlichen Industrierevier ist am Mittwoch keinerlei Veränderung in der Streiklage zu verzeichnen, doch macht sich eine zunehmende Unzufriedenheit gegen die von der Führung des Textilkonsortiums betriebene scharfmacherische Politik im Lager der Arbeitgeber selbst bemerkbar. Die Arbeiterschaft der Gießereiwerke von Nozouville an der Marne ist am Mittwoch in den Streik getreten, nachdem die Fabrikleitung die Lohnforderungen der Arbeiter abgelehnt hatte.

Paris, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Die Zahl der Streikenden in Nordfrankreich soll dem „Ami de Peuple" zufolge gegenwärtig noch etwa 80 000 betragen.

Versammlungsschlacht

Nationalsozialisten gegen Kommunisten – 70 Verletzte

Nürnberg, 14. August. (Drahtmeldung.) Gestern abend fand eine von den Kommunisten nach dem Herkules-Velodrom einberufene öffentliche Versammlung statt, zu der alle Parteien aufgefordert worden waren. Die Nationalsozialisten hatten sich zahlreich eingefunden. Von den Kommunisten sprach Remmele. Als er den nationalsozialistischen Führern vorwarf, daß sie zu hohe Gehälter in ihre Taschen fließen ließen, antwortete ein Nationalsozialist, der Kommunist Büchs habe 100 000 Mark veruntreut. Remmele erwiderte, diese 100 000 Mark hätten zur Unterstützung der Partei Verwendung gefunden. Ueber die dann einsetzende Schlägerei gehen die Aussagen auseinander.

Nach einer Version soll vom Podium aus mit Biergläsern nach den nationalsozialistischen Führern zuerst geworfen worden sein. Daraufhin entwickelte sich eine regelrechte Schlacht zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten mit Biergläsern, Stühlen, abgebrochenen Tischbeinen. Da die Ausgänge den ins Freie drängenden Versammlungsbesuchern nicht genügten, kletterte eine größere Anzahl aus den Fenstern. In dem Saal ist nichts mehr ganz. Die Polizei griff mit dem Gummiknüppel ein, unterstützt von der Feuerwehr, welche die Kämpfenden durch Wasserstrahlen trennte. Die Schlägerei setzte sich dann auf der Straße fort, wobei die Streitenden Zaunlatten als Hiebwaffe benutzten.

Die Schlägerei war etwa um 10.30 Uhr abends im Saal ausgekommen und noch lange nachher mußte die Polizei in den angrenzenden Straßen und auf dem Bahnhofsplatz mit dem Gummiknüppel vorgehen. Insgesamt wurden 65 bis 70 Personen verletzt, davon 19 schwer; zwei schweben in Lebensgefahr. Die Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht.

Wie dem Sonderdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros auf Anfrage im Krankenhaus um 1 Uhr nachts mitgeteilt wird, wurden insgesamt 14 bei den Schlägereien Verletzte ins Krankenhaus gebracht, von denen elf nach kurzer Zeit in ihre Wohnungen gebracht werden konnten. Drei Schwerverletzte blieben im Krankenhaus. Lebensgefahr besteht bei keinem. Wie verlautet, befinden sich unter den Verletzten auch die Nationalsozialisten Streicher, Holz und Lieber.

Hakenkreuz-Skandal

in Ingolstadt

München, 13. Aug. (Eig. Drahtber.)

Ein niedlicher nationalsozialistischer Skandal wird gegenwärtig im Donaustädtchen Ingolstadt durch den rauhen Zugriff der Staatsanwaltschaft an das Licht der Oeffentlichkeit gezerrt. Durch die Münchener Kriminalpolizei wurde der nationalsozialistische Ingolstädter Kriminalsekretär Weber verhaftet und kurz darauf ereilte den städtischen Polizei-Referenten Dr. Hierl, ein strammer Bayerischer-Volkspartei-Mann, das gleiche Schicksal. Als Grund wird Amtsvergehen angegeben. Die Sache geht bis zum Jahresanfang 1930 zurück. Damals wurde der Geschäftsführer Niemayer, von der Ingolstädtischen Verkehrsgesellschaft verhaftet, nachdem sich in seiner Kasse ein Fehlbetrag von 20 000 RM. vorgefunden hatte. Seit dieser Zeit befindet sich Niemayer in Untersuchungshaft. Vor einigen Tagen sollte der Kriminalsekretär Weber den Untersuchungsgefangenen zu einer Vernehmung nach Ingolstadt bringen. Diesen Weg benutzte Weber, dem Niemayer eine Zusammenkunft mit anderen Belasteten, fast durchweg Nazileuten, zu ermöglichen.

Weber war überhaupt ständiger Verbindungsmann zwischen der Polizei und den Ingolstädter Nationalsozialisten. Er hat seine Gesinnungsgenossen über die intimsten Angelegenheiten innerhalb der städtischen Verwaltung auf dem Laufenden gehalten und ihnen beispielsweise auch

Einblick in die Untersuchungsakten eines schwebenden Landfriedensbruchprozesses gegen Hakenkreuzler gewährt

Durch die Mitverhaftung des Polizei-Referenten Hierl, der die unsauberen Geschäfte seines Kollegen gekannt und geduldet haben soll, ist Ingolstadt augenblicklich ohne rechtskundige, fachmännische Leitung und es wird mit der Aufstellung eines Staatskommissars gerechnet. Auf Grund der Ermittlungen in der Voruntersuchung steht die Verhaftung weiterer Persönlichkeiten bevor. Eine Folge der hakenkreuzlerischen Verseuchung der Ingolstädter Polizei ist es, daß sich die dortigen Nazis bislang überhaupt nicht um das bayerische Uniformverbot kümmerten. Es mußten erst 30 Beamte der Münchener Polizei entsandt werden, um die strikte Durchführung des Verbotes zu gewährleisten.

Bewaffnete Nationalsozialisten

in einer Versammlung festgenommen

München, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Bei der gestrigen Versammlung der Nationalsozialisten im Zirkus Krone wurden ungefähr 40 Teilnehmern Waffen, darunter feststehende Messer, Stahlruten und Schlagringe, abgenommen. Die Waffen wurden beschlagnahmt. Gegen ihre Besitzer wird auf Grund der Notverordnung über Waffenmißbrauch gerichtlich vorgegangen.

43 Kriegsschiffe vor Hankau

Paris, 13. Aug. (Drahtmeldung.) **Vor Hankau liegen jetzt 29 amerikanische und englische, neun japanische, vier französische und ein italienisches Kriegsschiff, um die Sicherheit der Ausländer zu gewährleisten.**

Das Hausdorfer Grubenunglück

Die Verteilung der Spenden

Neurode, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Das Landratsamt des Kreises Neurode gibt einen Bericht aus, demzufolge die Sammlung für das Grubenunglück in Hausdorf zu einem gewissen Abschluß gekommen ist. Die Mittel des Reiches und Preußens, sowie die dem deutschen Roten Kreuz übermittelten Spenden sind dem Bergmannsfonds für das niederschlesische Steinkohlenrevier zugeführt worden, der dem Berghauptmann von Niederschlesien untersteht und sonstige Behördenvertreter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Mitglieder zählt. Dieser Fonds verfügt zur Zeit über rund 1 300 000 RM., wovon bisher 25 000 RM. zur Verteilung gekommen sind. Es ist beabsichtigt, weiterhin gewisse Beträge für die Hinterbliebenen, vor allem für die Kinder zu verwenden, während der Hauptbetrag, entsprechend seiner Zweckbestimmung, der Hebung der Gesundheit des Waldenburg-Neuroder Bergwerksbezirks dienen soll. Die übrigen Spenden, insbesondere die von Privatpersonen und Zeitungen, sind dem sogenannten Neuroder Topf zugeführt worden; bisher Beträge in Höhe von 150 000 RM., wobei sich die Zeitungen allerdings für die von ihnen gesammelten Spenden gewisse Mitbestimmungsrechte vorbehalten haben.

Die 105 Witwen nebst Kindern und die sonstigen Hinterbliebenen haben aus dem Neuroder Topf bisher rund 21 000 RM. erhalten. Eine weitere Ausschüttung erschien im Augenblick unzweckmäßig, weil an die Hinterbliebenen aus Zeitungsversicherungen und anderen Quellen eine Gesamtsumme von über 300 000 RM. gezahlt worden sind. Die nicht zweckgebundenen Mittel sollen den infolge des Neuroder Unglücks gaserkrankten und verwundeten Bergleuten, sowie deren Angehörigen und den Hinterbliebenen aus früheren Unglücken zugeführt, sowie für die Gewährung von Erziehungsbeihilfen für die Kinder betroffener Bergleute und für den Ausbau von Erziehungs- und Erholungsstätten für diese Jugend verwandt werden. Alle Verdächtigungen irgendwelcher Art über eine anderweitige Verwendung der Gelder anläßlich des Grubenunglücks in Hausdorf entbehren jeder Berechtigung und können dem Hilfswerk Neurode nur schaden.

Riesen-Unterschlagungen

Essen, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Anirop wurde wegen Unterschlagungen und betrügerischer Manipulationen in Höhe von 1½ Millionen Mark verhaftet

Einziehung von Gewerkschaftsbeiträgen durch behördliche Arbeitgeber

Auch ein Kapitel, wo gespart werden kann

Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Seit einer Reihe von Jahren hat sich bei fast allen Städten und Gemeinden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet der Brauch herausgebildet, daß Gewerkschaftsbeiträge durch die Verwaltungen bzw. die Stadtkassen gegen einen kleinen Entgelt eingezogen und von diesen den beteiligten Stellen zugeführt werden. Die Einziehung der Beiträge durch die Verwaltungen, was bisher vorwiegend bei Mitgliedern des Verbandes der Kommunalbeamten und -angestellten Preußens, vereinzelt, wenn auch gegen den Willen der Gewerkschaftsleitungen, bei Mitgliedern anderer Gewerkschaften erfolgt ist, hat praktisch zu einer Offenlegung der gewerkschaftlichen Mitgliederlisten gegenüber den Verwaltungen geführt, was mit den Grundsätzen der Gewerkschaftsbewegung und der Wahrung der Koalitionsfreiheit nicht zu vereinbaren ist. Die Mitglieder der Gewerkschaften haben häufig den Eindruck, daß von manchen Verwaltungen die eine oder andere Organisation bevorzugt wird und haben deshalb nicht in allen Fällen den Mut, sich derjenigen anzuschließen, die ihrer gewerkschaftlichen Grundauffassung entspricht. Die im Allgemeinen Freien Angestelltenbund (Afabund) und im Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag) zusammengeschlossenen Gewerkschaften, ferner der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA.) und der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs haben jetzt an den Arbeitgeberverband Rheinisch-Westfälischer Gemeinden, E. V., und an die Vereinigung der Städte, Landkreise und Gemeinden des RWJ. eine Eingabe gerichtet, in der mit Entschiedenheit verlangt wird, daß künftig für die Einziehung von Beiträgen, Herstellung von Drucksachen, Zustellung von Einladungen usw. für Gewerkschaften behördliche Einrichtungen, auch gegen Bezahlung, nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Wenn auch bisher von manchen Verwaltungen ein geringer Betrag für Unkosten erhoben wurde, so dürften die geforderten Maßnahmen nicht zuletzt dazu beitragen, daß, zumal bei der heutigen Finanzlage der Gemeinden, öffentliche Mittel, die von den Steuerzahlern aufgebracht werden, nicht zu Zwecken Verwendung finden, wofür sie nicht bestimmt sind. Es muß deshalb von allen maßgebenden Stellen erwartet werden, daß dem berechtigten Verlangen der Angestellten-Gewerkschaften Rechnung getragen wird.

Im übrigen lassen wir eine Abschrift des Schreibens folgen, das die Gewerkschaften in dieser Angelegenheit

dem Arbeitgeberverband Rheinisch-Westfälischer Gemeinden, E. V., und der Vereinigung der Städte, Landkreise und Gemeinden des RWJ.

haben zugehen lassen.

*

Einziehung von Beiträgen für Gewerkschaften durch die Stadtkassen

Die unterzeichneten Angestellten-Gewerkschaften, die im Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund) und im Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Gedag) zusammengeschlossen sind, außerdem der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA.) und der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs haben zu der Frage der Einziehung von Gewerkschaftsbeiträgen durch die Verwaltungen bzw. Stadtkassen Stellung genommen. Sie haben festgestellt, daß sich seit einer Reihe von Jahren bei fast allen Städten und Gemeinden, die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes oder der Städtevereinigung sind, der Brauch herausgebildet hat, daß Gewerkschaftsbeiträge durch die Verwaltungen eingezogen und von diesen den beteiligten Stellen zugeführt werden. Die Städtevereinigung hat solche Maßnahmen, wie aus der Niederschrift über die Sitzung ihres Arbeitsausschusses am 6. Dezember 1928 hervorgeht, ausdrücklich gebilligt, allerdings unter der Voraussetzung, daß bei Einziehung der Gewerkschaftsbeiträge 1 Prozent Verwaltungskosten erhoben wird.

Die Einziehung der Beiträge durch die Verwaltungen, was bisher vorwiegend bei Komba-Mitgliedern, in einzelnen Fällen aber auch gegen den Willen der Gewerkschaftsleitungen bei Mitgliedern anderer Gewerkschaften erfolgt ist, hat praktisch zu einer Offenlegung der gewerkschaftlichen Mitgliederlisten gegenüber den Verwaltungen geführt, was mit den Grundsätzen der Gewerkschaftsbewegung und der Wahrung der Koalitionsfreiheit nicht zu vereinbaren ist.

Es ist uns bekannt, daß bei einer Reihe von Verwaltungen gedruckte Gehaltsabrechnungszettel Verwendung finden, in denen eine Spalte „Komba-Beitrag" vorhanden ist. Wir nehmen an, daß solche Spalten in den amtlichen Gehaltsabrechnungszetteln mit Wissen und Willen des Komba eingerichtet sind, und daß er mithin auch den Verwaltungen zum Zwecke der Beitragseinziehung seine Mitgliederlisten übergeben hat. Anscheinend legt der Komba auch Wert darauf, daß das bisher geübte Verfahren für seinen Verband beibehalten wird, da er es abgelehnt hat, sich unserem gegenwärtigen Schreiben anzuschließen. Wir müssen uns aber entschieden dagegen wenden, wenn das Verfahren etwa bei Komba-Mitgliedern beibehalten werden sollte. Unsere Mitglieder haben den, wenn auch nicht in allen Fällen begründeten Eindruck, daß manche Verwaltungen vorhanden sind, die es lieber sehen, wenn ihre Angestellten und Beamten beim Komba als bei anderen Gewerkschaften organisiert sind. Es gibt deshalb immer Personen, die aus Furcht vor der Mißgunst der Verwaltungen sich im Komba organisieren, obwohl er ihrer gewerkschaftlichen Grundauffassung nicht entspricht. Das bisherige Verfahren der Einziehung der Beiträge hat das Koalitionsrecht bzw. die Koalitionsfreiheit der Angestellten und Beamten auf das schwerste gefährdet. Wahrscheinlich von dieser Einsicht getragen, hat erfreulicherweise auch die Stadt Gelsenkirchen an eine Reihe von Gewerkschaften, u. a. an den mitunterzeichneten Butab ein Schreiben, Abt. 1 b, vom 31. März 1930 gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

„Der Personalausschuß hat am 25. März d. J. beschlossen, für die Herstellung von Drucksachen, Einziehung von Beiträgen, Zustellung von Einladungen usw., sind zukünftig für Private, einschl. der Beamten- und Angestellten-Gewerkschaften städtische Einrichtungen, selbst gegen Bezahlung, nicht mehr zur Verfügung zu stellen."

Die unterzeichneten Gewerkschaften bitten den Arbeitgeberverband und die Städtevereinigung, gleiche Beschlüsse zu fassen, wie es der Personalausschuß der Stadt Gelsenkirchen getan hat und davon den Städten, Gemeinden, usw. Kenntnis zu geben.

Wir legen besonderen Wert darauf, daß möglichst schnell die von uns erbetene Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes und der Städtevereinigung erzielt wird und bitten deshalb, uns alsbald an die Adresse des mitunterzeichneten Butab eine gefl. Rückäußerung zukommen zu lassen.

Das gegenwärtige Schreiben geht gleichlautend an den Arbeitgeberverband Rheinisch-Westfälischer Gemeinden, E. V., und an die Vereinigung der Städte, Landkreise und Gemeinden des RWJ.

Hochachtungsvoll!

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Essen, Adolfstraße 12, gez. Schramm. — Deutscher Werkmeister-Verband, Düsseldorf, Oststraße 51, gez. Honnacker. — Zentralverband der Angestellten, Düsseldorf, Schadowstraße 73 II, gez. Kornacker. — Gewerkschaftsbund der Angestellten, Essen, Akazienallee 9, gez. Gschwind. — Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Essen, Viehofer Str. 28, gez. Richter. — Deutscher Werkmeisterbund, Essen, Huyssenallee, Alleehaus, gez. J. A.: Kramer. — Verband Deutscher Techniker, Essen, Am Handelshof 1 IV, gez. vom Dahl. — Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, Essen, Henriettenstraße 15, gez. J. A.: Richter. — Reichsverband der Büroangestellten und -beamten, Essen, Wernerstraße 28, gez. Keller. — Bund angestellter Akademiker technisch-naturwissenschaftlicher Berufe, Düsseldorf, Elberfelder Straße 2, gez. Weiß. — Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Essen, Bismarckstraße 40, gez. Gerbracht.

Geschäftliche Mitteilungen.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

5. Klasse (Hauptziehung). 3. Ziehungstag.

In die Lotterieeinnahmen von Gelsenkirchen und Buer fielen folgende Gewinne zu 150 RM (Einsatzgewinn):

21 494 27 461 37 943 38 038 62 561 62 582 62 697 62 759 83 116 112 528 112 566 112 579 112 754 114 271 114 352 158 626 169 599 203 842 213 434 213 441 223 092 231 034 240 651 324 841 341 942 347 234 348 127 348 787.

Die höheren Gewinne werden den Spielern durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Für die gezogenen Nummern sind Ersatzlose noch zu haben.

Varieté Walterscheid.

Wiederum nehmen Künstler Abschied, die es fertig gebracht haben, das Publikum Tränen lachen zu lassen und wahre Beifallsstürme zu erzielen. Wer sich dieses Programm nicht ansieht, verpaßt tatsächlich etwas. Nur noch heute und morgen, Samstag, den 16. dieses Monats, das neue Programm mit Artisten von Ruf, wie Adi Brager, Drascher Duo usw. Vergl. Anzeige.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille", Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

August Bebel, Aus meinem Leben!

Dieses hervorragende Werk ist soeben neu erschienen.
Alle 3 Teile in einem schönen Ganzleinenbande.
Preis 8.50 Mk.
Organisationspreis f. Parteimitglieder 6.75 Mk.

Aus dem Inhalt:

Teil I Aus der Kinder- und Jugendzeit / Lehr- und Wanderjahre / Eintritt in d. Arbeiterbewegung u. d. öffentliche Leben / Lassalles Auftreten / Soziale Erscheinungen / Wilhelm Liebknecht / Die Katastrophe von 1866 / Nach dem Krieg / Persönliches / Gewerkschaftsbewegung / Erste Verurteilung u. a.

Teil II Der Sozialdemokrat / Schweitzer u. d. Konservativen / Die Rebellion im Allg. Deutschen Arbeiterverein / Der Eisenacher Kongreß / Gründung d. sozialdemokratischen Arbeiterpartei / Im norddeutschen Reichstag u. d. Zollparlament / Der deutsch-französische Krieg / Unsere Verhaftung / Die erste Session des deutschen Reichstages / Dresdener Parteikongreß / Leipziger Hochverratsprozeß / Majestätsbeleidigungprozeß / Unsere Festungshaft / Von 1870 bis zum Vereinigungskongreß / Das Vereinigungswerk / Neue Verfolgungen / Das Hödel-Attentat u. seine Folgen / Das erste Ausnahmegesetz / Das Nobiling-Attentat u. a.

Teil III Die Beratung des Sozialistengesetzes / Die nächsten Wirkungen des Gesetzes / Die Gründung der illegialen Parteipresse / Der Sozialdemokrat / Die Verbreitung des „Sozialdemokrat" u. d. „rote Postmeister" / Kämpfe m. d. deutschen Polizei / Minierarbeit / Totgesagt / Der erste Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht / Die Züricher August-Konferenz / Ruhetage u. a.

Zum Studium des Sozialismus ist die Kenntnis dieser Lebenserinnerungen unbedingt notwendig.

Bestellungen nehmen alle Parteifunktionäre und Zeitungsboten entgegen

Volksbuchhandlung
Gelsenkirchen **Ringstraße 33**

Bestellschein.

Ich bestelle hiermit das Werk **„Bebel, Aus meinem Leben"**, drei Teile in einem Bande. Ganzleinen gebunden, zum Preise von 8,50 Mk. — Organisationspreis für Parteimitglieder 6.75 Mk. — gegen Nachnahme — auf Buchkarte zahlbar in 4 Raten alle 14 Tage. (Nicht Zutreffendes streichen)

Name_____ Beruf_____

Adresse _____

Hans-Sachs-Schänke

Allen meinen Gästen, Freunden und Bekannten zur gefl. Kenntnis, daß ich die Führung der Schänke übernommen habe
Bestgepflegte Getränke gelangen zum Ausschank
5/20 **Mk. 0.20** 1/2 **Ltr. Mk. 0.40**
Ia. Glückauf-Pils Ia. kalte Küche
Es ladet freundlichst ein
Karl Möllenbruch u. Frau

Wahre Beifallsstürme erzielt tägl. das augenblicklich im
Varieté Walterscheid
Bochumer Straße 13/15
weilende Programm. **Nur noch heute u. morgen.**
Versäumen Sie nicht, sich diese Künstler von Ruf anzusehen bzw. anzuhören.
Samstag, 16. August Premieré des neuen Programms

Jessy Giebert Tauben-Dressur-Akt	Das weltberühmte, humoristische **Drascher Duett**	
Adi Brager Klasse-Komiker	**Helmagerda Kania** Kunstpfeiferin	**Christel Tönis** Ia Subrette

Die fabelhafte Kapelle **PETER LIEVEN.**
Jeden Sonntag von 11—1 Uhr: Matiné.
Auftreten sämtlicher Künstler
Ausschank: Dorim. RitterBier. Bekannt gute Küche

Inserieren bringt Gewinn

Garantie - Mittel
gegen
Wanzen - Bett-Flöhe
Kakerlaken - Motten
Tod durch Vergasung
Mordio-Lucifer-Vertrieb:
Hennes & Witkop
Gelsenkirchen, nur Bahnhofstraße 77

EIN OFFENES WORT AN ALLE
LUISE OTTO
VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN
Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen
136. bis 145. Tausend.
Preis für das mit vielen Abbildungen versehene Büchlein nur 0.80 RM.
Zu haben bei den Zeitungsboten oder in der
Volksbuchhandlung
Gelsenkirchen
Ringstraße 33

Zurück!
Dr. Löwenthal
Facharzt für Haut- und Harnleiden.
Kirchstr. 10 (am Neumarkt)
Fernruf 22192.
Sprechst. 9-1, 4-7 Uhr

Pickel und Mitesser
Sommersprossen, Flechten und Gesichtsunreinheiten entfernen unästhetisch und verunstalten Ihr Gesicht. Durch Behandlung mit HERBA-SEIFE und HERBA-CREME erhalten Sie einen natürlich-reinen Teint.

Damenfrisieren . . 0.50
Nachschneiden . . 0.50
Neuhaarschnitt . . 1.00
Salon Gastrich
Buer, Essenerstraße 29
Gegenüber der evangel. Kirche.

Balatum
der TEPPICH für JEDERMANN

150/200	200/250	200/300
ℳ 6.30	ℳ 10.50	ℳ 12.60

Heimann-Rottkamp
en gros en detail
Gelsenkirchen, Kreuzstraße 8 (Alter Markt)
Dortmund, Westenhellweg 73, Rheinischestraße 47, Hansastraße 84
Schwerte, Hörder Straße 15
Herne, Bahnhofstraße 44